:antifaschistische nachrichten

Nr. 8

g 3336 24.4.2008 24. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Buchenwald: Kundgebung am Glockenturm



„Bündnis Arbeit, Familie, Vaterland"

SACHSEN. Der aus der CDU ausgeschlossene Martin Hohmann ist Ehrenmitglied der neuen Wählervereinigung „Bündnis Arbeit, Familie, Vaterland" geworden. Die war kürzlich von dem parteilosen sächsischen Bundestagsabgeordneten Henry Nitzsche gegründet worden. Das rechte Bündnis will bei den sächsischen Kommunalwahlen im Juni antreten. Nitzsche will zudem für den Posten als Landrat im Kreis Bautzen antreten. Für die heiße Phase des Wahlkampfes hat Hohmann seine aktive Unterstützung zugesagt. „Von Sachsen ging schon einmal eine Revolution aus, die das Land verändert hat", heißt es in einer Anzeige des rechten Bündnisses in der Wochenzeitung „Junge Freiheit". *hma* ■

Nitzsche wird von „Pro Köln" jetzt auch als Redner für den im September geplanten „Anti-Islam-Kongress" in Köln angekündigt. „Pro Köln"- und „Pro NRW"-Vorsitzender Markus Beisicht hob hervor, dass mit Nitzsche „nun auch noch ein amtierender Bundestagsabgeordneter" den Kongress unterstütze. *red*

Aus dem Inhalt:

Gedenken zum 63. Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald

Internationales Jugendtreffen war großartiger Erfolg

Etwa 1000 junge Menschen aus über 20 Ländern trafen sich anlässlich des 63. Jahrestages der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald in Weimar.

Unter dem Motto „Europäische Jugend auf den Gleisen der Demokratie und der Freiheit" folgten sie dem Ruf des „Institute des Véterans" (Belgien) und der „Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten" zu einem internationalen Treffen mit Veteranen des antifaschistischen Kampfes.

In diesen Tagen fanden zahllose Gespräche zwischen Jugendlichen aus den verschiedenen Ländern statt, gemeinsam besuchte man die KZ Gedenkstätte Buchenwald. Es gab Begegnungen mit Veteranen des antifaschistischen Widerstands, eine Gesprächsrunde zum Spanischen Bürgerkrieg und politische Debatten über Rassismus und Neofaschismus in Deutschland und Europa.

Höhepunkt des Jugendtreffens waren der Gedenkgang der Jugend von Weimar nach Buchenwald. Am Ende dieses 8,5 km langen Marsches wurden die Teilnehmer von Buchenwald-Überlebenden begrüßt, die symbolisch die historische Stafette an eine junge Antifaschistin übergaben.

Am Sonntag wurde diese Verbundenheit eindrucksvoll auf der Gedenkzeremonie des Internationalen Komitees Buchenwald – Dora und Kommando auf dem Appellplatz und der abschließenden Kundgebung des Jugendtreffens am Glockenturm unter Beweis gestellt. Unter Voranschreiten der Traditionsfahnen der Veteranen und der FIR bildeten über 1500 Menschen eine Brücke zwischen diesen beiden Veranstaltungen.

Am Glockenturm sprachen der Buchenwald-Häftling Floreal Barrier, der belgische Minister der Verteidigung Pieter de Crem und der Präsident der FIR Michel Vanderborght. Zum Abschluss formulierten Jugendliche in 14 Sprachen ein politisches Versprechen an die Überlebenden des Konzentrationslager.

Michel Vanderborght (FIR) erklärte: „Dies war ein großartiges Zeichen der Verbundenheit von Antifaschisten aller Generationen. Und die KZ – Gedenkstätte Buchenwald war genau der richtige Ort, an dem dies dokumentiert werden konnte." *Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der FIR* ■

Auf Seite 4 ff. sind verschiedene Kundgebungsreden bzw. Auszüge daraus dokumentiert.

„Schulvereinstag" in Wien

ÖSTERREICH/WIEN. Die deutschtümelnde „Österreichische Landsmannschaft" (ÖLM) führt am 28. April ihren jährlichen „Schulvereinstag" durch. Nach einem „Volksgruppenseminar" am Vormittag, auf dem u.a. die „Lage der jeweiligen deutschen Volksgruppe" besprochen werden soll, gibt es am Abend einen Festakt im Festsaal des Wiener Ingenieur- und Architekten-Vereins.

Zum Thema „Neuordnung des Balkans – die besondere Bedeutung des Minderheitenschutzes" soll dort Christian F. Wehrschütz sprechen. Der war Chefredakteur der „Neuen Freien Zeitung" der FPÖ, wo er im September 1989 die liberale Zeitung „Der Standard" als „selbsternannten Gralshüter des politischen Liberalismus" bezeichnete, „der wohl mehr der Ostküsten-Mentalität der Vereinigten Staaten als dem systemkritischen Liberalismus des großen Friedrich von Hajek entsprechen dürfte". Anfang der 90er Jahre wechselte Wehrschütz zum ORF, wo er zuletzt zum Korrespondenten in Belgrad bestellt wurde. 2000 wurde ihm der Österreichische Staatspreis für publizistische Leistungen im Interesse der geistigen Landesverteidigung verliehen. *hma* ■

Ex-Jagdflieger im „Haus der Heimat"

ÖSTERREICH/WIEN. Etwa 200 Menschen nahmen Ende März an einer Veranstaltung des „Neuen Klub" in Wien teil. Als Redner ins „Haus der Heimat" eingeladen war der 95-jährige ehemalige NS-Jagdflieger, Oberst a.D. Hansjoachim Herrmann. Herrmann trat in den letzten Jahren wiederholt auf Veranstaltungen der DVU und des NPD-Blattes „Deutsche Stimme" auf.

An der Veranstaltung in Wien nahmen zahlreiche ehemalige Militärs und FPÖ-Aktivisten teil, so u.a. der ehemalige Generalinspekteur des österreichischen Bundesheeres, Karl Majcen, und Oberst a.D. John Graf Gudenus. Auch Rechtsanwalt Herbert Schaller, der frühere EU-Beamte Dr. Albrecht Rothacher und der Militärhistoriker Heinz Magenheimer gehörten zu den Zuhörern. *hma* ■

Rechtes „Volksgeld"

SCHÖNHAUSEN. Einen „kostenlosen Fernkurs" über die „Deutsche Volkswirtschaftslehre" bietet die „Europäische Volksgeldbewegung" (EVB) an. Die „Schulwissenschaft" lehre nur die „menschen- und völkerzerstörende Kredit- und Zinswirtschaft", heißt es in der Anzeige in der neofaschistischen Zeitschrift „Recht und Wahrheit". Dagegen stehe die EVB und deren „Volksgeld"-Schriftenreihe. Kontaktadresse ist Uwe Krumrei aus Schönhausen. Der Handwerks-meister war zuletzt von der NPD als Kandidat zur Bundestagswahl aufgestellt worden.

hma ■

Langzeit-Hoch bei rechtsextremistischen Straftaten

BERLIN. Auf die monatliche Standardanfrage der Abgeordneten Petra Pau, MdB DIE LINKE. und Mitglied des Innenausschusses hat das Bundesministerium des Inneren geantwortet. Demnach wurden im Februar 2008 bundesweit 1121 rechtsextreme Straftaten registriert, darunter 62 Gewalttaten.

„Das ist ein Langzeit-Hoch, zumal der Februar kürzer ist als andere Monate und das Land Brandenburg zwei falsche Nullen gemeldet hat. Die aktuelle Statistik widerlegt alle, die die rechtsextremistische Gefahr klein reden", so Petra Pau.

Die aktuelle Langzeit-Statistik ist unter www.petrapau.de einsehbar. ■

Am 26.4. erneut Naziaufmarsch in Stolberg

STOLBERG. Nach dem gewaltsamen Tod eines 19-Jährigen in Stolberg hat die Neonazi-Szene ein zugkräftiges Thema für sich entdeckt. Der Tote wird zum Märtyrer verklärt, bereits wenige Stunden nach dem Verbrechen marschierten 170 Neonazis durch Stolberg. Am vergangenen Samstag waren es dann schon 800 Faschisten, angeführt von Christian Worch aus Hamburg. Demgegenüber standen etwa 450 AntifaschistInnen.

Das soll am 26. April anders werden! Denn für diesen Tag planen Neonazis den nächsten „Trauermarsch", diesmal angemeldet und organisiert von der NPD. Nach derzeitigem Stand hat die NPD ihre Demonstration für den Zeitraum zwischen 10und 20 Uhr angemeldet, der Auftakt soll an der Zweifaller Straße sein.

Das Antifaschistische Aktionsbündnis Aachen (ein strömungsübergreifender Zusammenschluss von antifaschistischen Gruppen und Einzelpersonen) ruft unter dem Motto „Stolberg wird kein Wallfahrtsort - Neonazis stoppen!" zu einer Gegendemonstration auf, die um 9 Uhr am Kaiserplatz beginnen soll.

Das Stolberger „Bündnis gegen Radikalismus" [sic!] ruft am Vorabend des Neonazi-Aufmarsches zu einer Kundgebung auf.

Aktuelle Informationen werden auf der Homepage

http://www.antifa-dueren.org

veröffentlicht. *Antifa Düren* ■

Naziaufmärsche in Ludwigshafen und Mannheim

MANNHEIM. Wie der AK Antifa Mannheim berichtet, versammelten sich am Sonntag, dem 6.4.2008, zwischen 16 und 19 Uhr zunächst in Ludwigshafen am Ost-Ausgang des Hauptbahnhofs und im Anschluss in Mannheim am Paradeplatz ca. 100 Nazis, um stationäre Kundgebungen durchzuführen. Die Nazis waren aus der gesamten Rhein-Neckar-Region, Südhessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland angereist. Anlass sollte ein Gedenken an eine Auseinandersetzung bei Aachen sein, bei der zwei Tage zuvor, am 4.4., ein Neonazi getötet wurde. Der Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN) stellte den Nazis zur logistischen Unterstützung Sonderbahnen bereit.

Organisiert wurden die Aufmärsche durch das regionale Neonazi-Netzwerk „Aktionsbüro Rhein-Neckar", einem Zusammenschluss von Kameradschaften und NPD-Funktionären in der Region. Der langjährige Nazikader Rene Rodriguez- Teufer aus Viernheim meldete die Aufmärsche an. Der Ludwigshafener Kameradschaftsführer Matthias Herrmann war maßgeblich für die Organisation der Kundgebungen zuständig und hielt einen Redebeitrag. Der Anlass der Aufmärsche wurde von den Nazis genutzt, um ihre völkische Hetze zu verbreiten. In den Kundgebungen wurde in rassistischer Manier gegen MigrantInnen gehetzt.

Die Polizei, die schon Stunden vor Beginn der ersten Kundgebung in Ludwigshafen mit einem Großaufgebot präsent war, scheute weder Kosten noch Mühen, um den Nazis einen reibungslosen Ablauf ihrer Veranstaltungen zu ermöglichen. In Absprache mit der VRN organisierte sie den Transport der Nazis mit Sonderbahnen. In Mannheim konnten spontan ca. 60 AntifaschistInnen mobilisiert werden, die lautstark gegen die Aufmärsche protestierten.

Wie in den letzten Jahren haben die Nazis aus dem Umfeld des Aktionsbüros Rhein Neckar und der NPD auch für den 1. Mai Demonstrationen angemeldet. Dieses Mal wollen sie ihre menschenfeindliche Hetze in Neustadt an der Weinstraße und Kaiserslautern verbreiten. Der AK Antifa Mannheim ruft dazu auf, den Nazis entschlossen entgegen zu treten und ihre Aufmärsche zu verhindern. Treffen wollen sich die Nazis um 11h in Kaiserslautern und um 15h in Neustadt.

Der DGB Region Vorder- und Südpfalz hat inzwischen eine Maikundgebung auf dem Rathausplatz angekündigt. Er ruft gemeinsam mit der Evangelischen Kirche für 15 Uhr zu einem Gottesdienst, von 16 bis 18 Uhr zu einem Programm auf, „das den lokalen Bündnispartnern Raum für eine friedliche Po-



Transport der Neonazis in Sonderbahnen

sitionierung gegen den rechten Aufmarsch bietet". *tht* ■

NPD-Vollpleite in Bad Saarow

BAD SAAROW. Den Trubel um die Innenministerkonferenz (IMK) in Bad Saarow wollte die rechtsextreme NPD am Mittwoch für eine Propagandaaktion nutzen. In Hinblick auf die Brandenburger Kommunalwahlen wollten die Neonazis Stärke zeigen. Das ging ordentlich nach hinten los: Einem Häuflein von nur 40 NPD-AnhängerInnen standen 500 GegendemonstrantInnen gegenüber. Der NPD-Infotisch und die Parteiaktiven mit einigen Transparenten waren von einem massiven Polizeiaufgebot umstellt. So waren die Rechten zwar geschützt vor ihren GegnerInnen aber auch abgeschirmt von der Öffentlichkeit. Gegen Mittag brachen die NPDlerInnen zu einer Demonstration durch die Stadt auf. Eine erste „Mahnwache" kam völlig ohne Redebeiträge aus. Beim zweiten Halt sprachen unter anderem NPD-Parteichef Udo Voigt und der Hamburger Neonazi Thomas Wulff. Deren Reden wurden allerdings durch das Geläut von einer nahe gelegenen Kirche und durch Protestrufe von GegendemonstrantInnen massiv gestört. Als der Neonaziaufzug an der Gegenkundgebung vorbeizog, setzte es weitere Pfiffe und Buh-Rufe.



Zu den gut besuchten Antinaziprotesten, einem „Fest der Demokratie", hatte unter anderem eine „Initiative Tolerantes Bad Saarow" aufgerufen. Hinzu kam die Mobilisierung durch Antifagruppen und den Flüchtlingsrat Brandenburg. Letzerer hatte in seinem Aufruf betont, nicht nur gegen die NPD sondern auch gegen die Residenzpflicht für AsylbewerberInnen zu protestieren. Kritik am diskriminierenden Umgang der Bundesländer mit Flüchtlingen wurde so ebenfalls geäußert.

http://www.inforiot.de ■

Die Meldung in AN Nr. 7/08 vom 10. April) auf Seite 2 „Heß-Gedenken vor Bundesverwaltungsgericht" war den Lokalberichten München 7-08 entnommen, mit Quellenverweis auf www.aida-archiv.de. Dieser Hinweis war leider unvollständig. Der Artikel stammt ursprünglich von http://www.redok.de/content/view/1063/38/ und wurde bei aida-archiv mit Genehmigung des Autors und Hinweis auf die Quelle veröffentlicht.

NPD verliert noch vor dem Urnengang

LÜBECK. Das erste Mal seit 1990 ist keine rechte Gruppierung auf Lübecks Wahlzettel zu finden, obwohl der Großraum Lübeck „traditionell zu den regionalen Schwerpunkten des Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein" (VS-Bericht 2007) zählt. Wie viele Mitglieder die NPD in Lübeck hat, gibt das Landesamt für Verfassungsschutz gegenüber den anfragenden Lübecker Nachrichten trotzdem nicht bekannt – obwohl den Behörden wenigstens die Zahlen angesichts der vielen VS-Spitzel doch vorliegen müssten?!

Der ehemalige NPD-Direktkandidat für den Bundestag, Reinhart Jahnke, arbeitete am „Potenzial in der rechten Szene", verließ 2006 den Kreisverband und anschließend die Stadt. Seither wirkt er in Ebersberg (30 Kilometer östlich von München) als Mitglied der CSU. „In den Kameradschaften gibt es viele junge Leute, aber die lehnen die politischen Strukturen ab", sagt Jahnke. Damit sei „die Personalsituation der NPD beschissen". Dass die Partei sich dennoch zunächst die Wahlunterlagen bei der Hansestadt besorgt hatten, wertet Jahnke als „Taktik vor dem Aufmarsch" Ende März in Lübeck. Für ihn steht fest, dass „die NPD in der Hansestadt nicht antritt, weil sie nicht genügend Leute hat".

Im Kreis Herzogtum Lauenburg hat sie dieses Problem offensichtlich nicht, denn dort stellt sie sich zur Wahl. Ebenso in Ostholstein.

Stefan Wiedenhöft vom Bündnis „Wir können sie stoppen" kündigt bereits Gegenaktionen an: „Die Nazis sollen sich nicht zu sicher fühlen." Die Initiative „Keine Stimmen den Nazis" zählt mehrere hundert Mitglieder, die 100.000 Flugblätter verteilen wollen, dort wo sich die NPD zur Wahl stellt. Dass sie es in Lübeck nicht tut, sieht Wiedenhöft „auch als Erfolg des Bündnisses ‚Wir können sie stoppen'", das vor knapp zwei Wochen mit 2500 Leuten gegen den Aufmarsch von 350 Neonazis in der Hansestadt demonstriert hat. „Ich hoffe, dass dieses Signal bei den Rechten angekommen ist", erklärt Pastor Dr. Matthias Viertel, der die Aktionen des Kirchenkreises Lübeck koordiniert hat. Uwe Polkaehn, DGB-Regionsvorsitzender, sagt sogar: „Der Kampf gegen Rechts ist in Lübeck zum Alltagsgeschäft geworden." Seiner Ansicht nach rechnet sich die NPD keine Chancen bei der Wahl in Lübeck aus. Stadtpräsident Peter Sünnenwold (CDU): „Wir haben genügend demokratische Kräfte, die sich in Lübeck gegen Rechts wehren – das hat die letzte Demonstration machtvoll gezeigt." *kun* ■

Quelle: Lübecker Nachrichten, 14.4.08

Gegen rechte Unterwanderung bei der Schöffenwahl

BERLIN. In Berlin, wie auch in Brandenburg, ruft die NPD verstärkt dazu auf, dass sich „national gesinnte" Menschen um die Wahrnehmung des Schöffenamtes bewerben mögen, um „die Interessen der deutschen Bürger zukünftig noch nachhaltiger vertreten" zu können. Hintergrund dieses Aufrufs sind die bevorstehenden Schöffenwahlen 2008 für die Amtszeit von 2009 bis 2013.

Gesucht werden wie alle Jahre wieder ehrenamtliche Richter am Strafgericht oder am Jugendstrafgericht. Schöffen wirken an der Verhandlung vor dem Gericht mit gleicher Stimme und im gleichen Maß wie Berufsrichter mit. Sie können damit auf die Rechtsprechung im konkreten Fall erheblichen Einfluss nehmen und sind somit ein wichtiges Element der Rechtspflege. Dieser Tatsache ist die NPD sich bewusst.

In der Regel gibt es weniger Bewerbungen für das Schöffenamt, als es wünschenswert wäre. Darauf setzen die Nazis.

ver.di ruft alle Kolleginnen und Kollegen dazu auf, die Bewerbung für dieses Ehrenamt zu bedenken. Schöffen werden für fünf Jahre gewählt: Die Bezirke – also die Bezirksverordnetenversammlungen und die Jugendhilfeausschüsse für Jugendschöffen – erstellen mit Zweidrittelmehrheit Vorschlagslisten aus Menschen, die sich freiwillig melden, und aus zufällig dem Melderegister entnommenen Personen. Daraus wählen die Wahlausschüsse beim Amtsgericht Tiergarten die Schöffen aus. Voraussetzungen für die Bewerbung sind unter anderem die deutsche Staatsangehörigkeit und die Vollendung des 25. Lebensjahres, SchöffenbewerberInnen dürfen außerdem nicht älter als 70 Jahre sein. Die Bewerbung ist an das zuständige Bezirksamt zu richten.

ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg http://bb.verdi.de, Quelle: Publikation Aktiv + Gleichberechtigt April 2008 ■

Gedenken zum 63. Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald am 11.4.1945

Ansprache von Bertrand Herz bei der Gedenkfeier am 13.04.2008 auf dem hemaligen Appellplatz

2008 ist der 70. Jahrestag von zwei wesentlichen Ereignissen innerhalb der sich entwickelnden nationalsozialistischen Verbrechen:

Mit der Ankunft der Österreicher in Buchenwald nach dem Anschluss im März 1938 und der Tschechen nach dem Münchner Abkommen im September 1938 beginnt die Internationalisierung des Lagers.

Und 1938 beginnt in Buchenwald das, was später unter dem Begriff der «Massenvernichtung» in die Geschichte eingehen sollte: zuerst Mitte 1938 die Ankunft der ersten gefangenen Sinti und Roma, die Opfer der Rassenpolitik der Nationalsozialisten wurden, sowie die Ankunft von Tausenden von Juden nach dem vom nazistischen Staat organisierten Pogrom vom 9. November 1938.

Am 11. April wurden die Opfer der Massenvernichtungen auf der Veranstaltung geehrt, die die Gedenkstätte unter Mitwirkung des Internationalen Komitees organisiert hat. Hier auf dem Appellplatz werden heute zwei Redner an unsere österreichischen und tschechischen Kameraden erinnern und Guy Ducoloné, ein deportierter Widerstandskämpfer, gibt im Namen des Internationalen Komitees eine Erklärung dazu ab. Und schließlich wird unser Kamerad Floréal Barrier, Präsident des Häftlingsbeirates der Gedenkstätte, an den 50. Jahrestag der Einweihung des Mahnmals erinnern, einer beeindruckenden Anlage zu Ehren des Kampfes und des Leides der Häftlinge und besonders zu Ehren unserer verstorbenen Kameraden, an die symbolisch die Massengräber der Straße der Nationen erinnern.

Die Gedenkveranstaltungen dienen dazu, das Gedenken an die nazistischen Verbrechen dauerhaft zu erhalten, aber sie reichen nicht aus, um dieses Andenken zu schützen. Es gibt gegenwärtig, besonders in Deutschland, Versuche, es herunterzuspielen und mit der Erinnerung an alle Diktaturen zu vermischen. Niemand hat das Recht, ein Land daran zu hindern, sich mit seiner eigenen Geschichte auseinanderzusetzen, so wie Deutschland dies mit der Zeit nach 1945 tut.

Aber die Erinnerung an die Verbrechen des Nazismus ist anders. Es handelt sich hierbei um eine internationale Erinnerung. Es ist die Erinnerung an eine kriminelle Ideologie, wie sie die Welt nie zuvor gekannt hatte, an den nationalsozialistischen Staat, der sich in einem voll verantwortlichen Deutschland entwickelt und versucht hat, die Welt zwischen 1933 und 1945 zu unterjochen.

Obwohl sie sich auf deutschem Boden befinden, erhalten die Gedenkstätten der nazistischen Konzentrationslager und speziell die Gedenkstätten von Buchenwald und Mittelbau-Dora nicht nur das Andenken an die deutschen Opfer und Kämpfer gegen den Nazismus, sondern auch das an die Häftlinge aus 28 Nationen Europas und der Welt, die Opfer des Hitler-Regimes wurden. Die nazistischen Lager in Deutschland sind Stätten des internationalen Gedenkens. Die Überlebenden aller Nationen können nicht zulassen, dass der Charakter dieser Lager, Orte entfesselter nazistischer Barbarei, abgeschwächt wird, indem er mit der Nutzung nach 1945 vermischt wird. Gegen eine derartige Vermischung hat sich der Häftlingsbeirat von Buchenwald im November letzten Jahres feierlich ausgesprochen.


Kundgebung auf dem Appellplatz

Wenn wir nicht mehr da sind, müssen die kommenden Generationen dieses Andenken bewahren, so wie es die Weimarer Stadträte feierlich am 14. Juli 2007 getan haben. Wichtig ist dabei nicht in erster Linie, an unsere Leiden zu erinnern, sondern das Bürgerbewusstsein dafür zu schärfen, welche Ursachen zu dieser Ideologie des Todes geführt haben. Wir müssen gegen das Wiedererstarken der Keime von Hass und Gewalt in Europa kämpfen, die eine Wiederbelebung des Faschismus und Nazismus in sich tragen können: wie die Entwicklung von Rechtsextremismus, Antisemitismus, die Vermischung oder sogar Verleugnung der Massenvernichtung, eine Politik der Ausgrenzung von Minderheiten, Gewaltanwendung gegen Einzelne oder Gemeinschaften usw.

Deshalb ist es mir ein besonderes Bedürfnis, die hier anwesenden 1000 Jugendlichen aus 16 Nationen zu begrüßen, die mit Hilfe des belgischen Instituts für Kriegsveteranen und der FIR gekommen sind, um ihren Willen zu bekunden, das Andenken an die Verbrechen des Nazismus für immer zu bewahren und gegen jedes Aufkeimen dieser Ideologie zu kämpfen. Vielen Dank euch allen. Wir brauchen euch.

Andreas Dlabaja – geb. 5.5.1971, Enkelsohn von Erich Dlabaja, Buchenwaldhäftling, verstorben 1970, Sohn von Albert Dlabaja, Obmann der österr. KZ-Vereinigung Buchenwald – erinnerte insbesondere an die ersten österreichischen KZ-Häftlinge, die im September 1938 in das KZ Buchenwald gezwungen wurden.

An die Häftlinge aus der Tschechoslowakei erinnerte Prof. Dr. Bardfeld. 8000 waren in das KZ Buchenwald deportiert worden, von denen 4400 im Jahr 1945 befreit wurden. Seit Anfang 1943 hatten diese Häftlinge eine Vertretung in der illegalen militärischen Organisation der Inhaftierten.

Auszug aus der Rede von Guy Ducoloné, Vize-Präsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos am 13.4.2008 auf dem ehemaligen Appellplatz:

„Vor 63 Jahren befreite Buchenwald sich selbst (...) Betrachtet man die Geschichte nazistischer Konzentrationslager, stellt man fest, dass Buchenwald von 1942-1943 an eine Sonderstellung einnimmt.

Das hängt auch damit zusammen, dass die Häftlingsfunktionen nicht wie in den anderen Lagern von Verbrechern, Dieben und anderen Häftlingen mit grünem Winkel ausgeübt wurden, sondern von deutschen politischen Gefangenen. Manche kritisieren diese Situation und vermuten oder behaupten, dass die politischen Häftlinge mit der SS zusammen gearbeitet hätten.

Es ist an der Zeit, dieses Gerede und die Unwahrheiten zu beenden. Es wäre unverantwortlich, die Ehre dieser Männer zu beschmutzen. Sie haben ganz im Gegenteil unter Einsatz ihres Lebens den richtigen Kampf geführt.

Natürlich war die innere Lagerverwaltung Zwängen unterworfen, aber niemand kann leugnen, dass sie folgende positive Auswirkungen hatte: Einerseits nahm die SS weniger direkten Einfluss auf das Geschehen innerhalb des Stacheldrahtzauns. Und andererseits verringerte sich die Brutalität der Blockältesten und der Kapos



Demonstration zum Glockenturm

gegenüber den Häftlingen beträchtlich. Während die «Grünen» die Aggressionen der SS gegen die Häftlinge noch verstärkten, hatten die «Roten» das gleiche Ideal: Hitler zu bekämpfen. Die «Roten» gestatteten und förderten die Bildung der – illegalen – nationalen Solidaritätskomitees.

Ohne sie, ohne diese Männer mit ihren Schwächen – einige waren seit 1933 in Haft – wäre es niemals möglich gewesen, den nationalen und internationalen Widerstand aufzubauen und zu organisieren, der zur Befreiung des Lagers führte.

Die nazistische Diktatur ist durch ihre Barbarei und ihre Verbrechen, durch ihre Kriege und die grausame Besetzung der Völker Europas etwas ganz Besonderes und kann deshalb mit keiner anderen verglichen oder vermischt werden.

Deshalb möchte ich als Vize-Präsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos unsere strikte Ablehnung jeder Vermischung zweier geschichtlicher Epochen zum Ausdruck bringen, die in Deutschland von einigen angestrebt wird.

Es handelt sich um die Zeit des Nazismus und die Zeit nach dem Krieg.

Der Direktor der Gedenkstätte Buchenwald hat das zusammen mit den Direktoren der anderen Lager-Gedenkstätten unterstrichen. Der Häftlingsbeirat der Gedenkstätte Buchenwald hat zu Recht sagen können, dass «jene, die eine Vermischung anstreben, die Bedeutung herabsetzen, die die nazistische Barbarei in der deutschen Geschichte hat.»

Ich füge hier noch hinzu, dass der Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland an gleicher Stelle im Juli 2007 gesagt hat: «SED-Diktatur und Nazi-Regime haben nichts gemeinsam, und jeder Versuch, Parallelen herzustellen, ist eine himmelschreiende Relativierung der Entrechtung, Deportierung, und fabrikmäßigen Ermordung von Millionen unschuldiger Männer, Frauen, und Kinder während der Nazi-Diktatur.»

(...) Der weithin sichtbare Glockenturm der Gedenkstätte Buchenwald ist eine gute Erinnerung an eine alte Geschichte, aber auch eine ständige Vision, die eine Wiederholung solcher Verbrechen verhindern soll.

Er erinnert auch daran, dass in diesem Lager die Häftlinge Teil hatten am Sieg über die Nazis.

Ansprache von Floréal Barrier am 13.4.2008 am Glockenturm

„Am 14. September 2008 wird es ein halbes Jahrhundert her sein, dass tausende Frauen, Männer und Jugendliche sich auf dieser Seite des Ettersberges eng gedrängt eingefunden haben.

Sie weihten das Mahnmal ein und ehrten die mehreren Zehntausend Opfer der nazistischen Barbarei, die als Sklaven der nazistischen Kriegsindustrie im Konzentrationslager Buchenwald gestorben sind, an Folterungen, aus Hunger, an Krankheiten, durch Spritzen, erhängt, erschossen.

Die hier Anwesenden waren Überlebende und Angehörige von Verstorbenen in den Todeslagern des Hitlerregimes. Sie sind aus den beiden deutschen Staaten gekommen und in Delegationen aus 18 Ländern Europas. Sie waren in Begleitung von Freunden und all denen, die verhindern wollen, dass diese schmerzliche Vergangenheit wiederauflebt.

Bei der Befreiung des Lagers im April 1945 stand an dieser Stelle seit 1910 der Bismarckturm zum Ruhm der kriegerischen Vorherrschaft des preußischen Militarismus. An dieser Stelle haben die Nazis in Steinbrüchen Tausende der Unseren verscharrt. An dieser Stelle haben wir Überlebenden der Hölle unsere letzten Toten von Buchenwald in allen Ehren bestattet.

Und auf Beschluss der Regierung und der großzügigen Bevölkerung der DDR wird das Mahnmal für die unzähligen Opfer der nazistischen Ideologie errichtet: Deutsche seit der Machtergreifung Hitlers im März 1933, Widerstandskämpfer aus allen von den Unterdrückern besetzten Gebieten von 1939 bis 1945, Opfer der menschenverachtenden Rassenpolitik des Nazismus.

Dieses beeindruckende Ensemble der Mahnung zeigt auf Steintafeln das Leid und den schmerzlichen Weg, aber auch den heldenhaften Kampf der Nazigegner in allen Ländern für das Leben.

Die Pylonen der Straße der Nationen unterstreichen die Internationalisierung der begangenen Verbrechen und die Inhaftierung von tausenden Kämpfern aller Länder, Nazigegner wie ihre deutschen Kameraden. Für die Überlebenden symbolisiert diese Straße der Nationen den illegalen Kampf von früher, der innerhalb des elektrisch geladenen Stacheldrahtes ein Europa des Friedens, der Solidarität und des Humanismus entstehen ließ, das wir uns so sehr für die Zukunft gewünscht haben und das immer noch zu errichten ist.

Die monumentale Treppe, der Weg der Freiheit, endet an dieser Gruppe des Bildhauers Fritz Cremer, der den illegalen und freiwilligen Kampf verewigt, der am Ende die Entmenschlichung und den Tod besiegen wird.

Und der Glockenturm wird das Herzstück des Gedenkens. Die Glocke, die ein besonderes Totengeläut anstimmt, das Präsident Grotewohl damals mit einem Vers des großen Weimarer Dichters Friedrich Schiller begrüßte: «Friede sei ihr erst Geläute.»

Im Zentrum des Turms enthält eine Vertiefung Erde von allen Orten nazistischer Verbrechen, deren Namen auf dem Bronzedeckel eingraviert sind.

Ein halbes Jahrhundert ist seit jenem Septembertag vergangen. Und wieviel ist in der Welt geschehen, das so oft gefährlich für die Zukunft der Menschheit und insbesondere der Kinder ist. Der Nazismus, diese mörderische Ideologie, wurde am 8. Mai 1945 militärisch niedergeschlagen, aber er lebt in zahlreichen Ländern wieder auf und bringt die Zivilisation in schwere Gefahr.

Heute feierlich an die Verurteilung der Verbrechen von gestern zu appellieren und Wachsamkeit gegen deren Wiedererstarken zu erzeugen, lässt in den Seelen der neuen Generationen die stabilste Abwehr gegen eine Rückkehr zu jeder Form von Aggression und Unterdrückung entstehen.

Hunderttausende Besucher aus der ganzen Welt haben die Reste des Konzentrationslagers Buchenwald angesehen und sich an diesem Mahnmal, dem Glockenturm als Zeichen einer friedlichen Zukunft, andächtig gesammelt.

Setzen wir uns dafür ein, dass die Gedanken der Besucher in der Vergangenheit und der Zukunft von diesem Ort beeinflusst werden und dass sie sich die Worte aus dem Schwur von Buchenwald zu eigen machen, den die Überlebenden am 19. April 1945 geleistet haben:

«Unsere Sache ist gerecht, Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.»

Und dass sie sich immer an die Worte der Hoffnung und des Kampfes aus dem Buchenwaldlied erinnern, das die SS in Auftrag gegeben hatte, das vor 70 Jahren von österreichischen antifaschistischen Häftlingen geschrieben wurde und das die Häftlinge im Gleichschritt singen mussten:

«Oh Buchenwald, ich kann dich nicht vergessen.»

Übersetzung: Franka Günther ■

Stadtrat Bad Fallingbostel einstimmig gegen Ludendorffer!

Auf Vorschlag von Bürgermeister Rainer Schmuck/CDU beschloss am 7.4.08 der Stadtrat von Bad Fallingbostel (Dorfmark ist Ortsteil) einstimmig eine Resolution gegen die Tagungen der Ludendorffer und nimmt sich dabei gleich den ganzen sog. „Extremismus" vor.

Die Resolution stellte der Bürgermeister bereits ins kommunale Internet, als sie erst sein persönlicher Entwurf war. Und er sorgte auch dafür, dass die Resolution bereits Tage zuvor Thema in überregionalen Medien wurde. Zwei Tage vor der Ratssitzung verschwand die Resolution plötzlich aus der homepage. Der, vom Bürgermeister offensichtlich im Alleingang vorbereitete Resolutions-Entwurf (keine Partei war zuvor einbezogen), erfuhr eine Veränderung: Ein „gleich ob von rechts oder links" kam in den Entwurf, weil sich nicht nur CDUler zum Anwalt rechter Dorfmarker Meinungs- und Stimmungsmacher machten.



Vor der Ratssitzung hielten Mitglieder des Bündnisses das VVN-BdA-Transparent „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen" und verteilten Aufklärendes über die Ludendorffer. Anpöbelei blieb nicht aus. Da vergleicht einer das „Anprangern" der Ludendorffer mit den „Kauft nicht bei Juden"-Aktionen von Hitlers braunen Horden. „Du Armleuchter" ist eine Anrede, um dann zu erklären: „ihr wisst gar nicht, was in den Köpfen der Dorfmarker los ist". Viele verweigerten die Annahme des Info-Blattes. Andere äußerten sich aufmunternd: „Nach 30 Jahren wird's ja mal höchste Zeit, das was passiert" und „jawoll Courage zeigen".

Vor 70 BesucherInnen, viel für eine Ratssitzung, mahnt der Ratsvorsitzende/SPD gleich im Voraus, dass Zustimmungs- und Unmutsäußerungen nach den Regularien nicht vorgesehen seien. Großzügig wird der Resolutions-Entwurf ans Publikum verteilt.

Bürgermeister Schmuck: Wir bedauern die Vorfälle gegen eine friedliche Demonstration des Internationalen Jugendworkcamps Bergen-Belsen. Durch das Fehlverhalten Einzelner drohe die Stadt überregional einen schlechten Ruf zu erhalten. Er erläutert, dass die Ludendorffer nach Aussagen der Bundeszentrale für Politische Bildung und des niedersächsischen Verfassungsschutzes „antipluralistisch und rechtsextrem" sind. Ein Anwalt (kein Ratsmitglied) habe Strafanzeige wegen unschöner Äußerungen gegen die friedliche Demonstration gestellt. Dorfmark sei nicht rechtsextrem, sondern „ein schönes Örtchen". Die Resolution solle gegen Rechts- und Linksextremismus nicht nur in Dorfmark, sondern in ganz Bad Fallingbostel gelten.

Die SPD-Fraktion begrüßt die Resolution und dankt dem Bürgermeister, dass er sich an die Spitze stellte. Durch überregionale Berichterstattung über die Vorfälle beim Protest gegen die Ludendorffer sei ein Imageschaden entstanden. „Wir wollen die Ludendorffer nicht". Die Resolution sei nicht nur ein Lippenbekenntnis, „jetzt fängt die Arbeit erst an, wir müssen mit den Vereinen reden".

Der CDU-Fraktion meint, dass die „Bürger überwiegend weltoffen und gastfreundlich sind". Bedauert werden die Verbalattacken. Die Resolution sei gegen Antisemitismus, „gegen Links- und Rechtsextremismus an allen Orten des Landes" gerichtet. Es sei wichtig, dass wieder Ruhe einkehrt. Aus anderen Parteien keine Wortmeldungen. Einstimmiger Beschluss der Resolution. Leises Klatschen.

Besonders die SPD freut sich. Das Bündnis gegen Rechts kann trotz der Kröte „links- = rechtsextremismus" einen guten Teilerfolg verbuchen. Jetzt kommts auf die Praxis an. *Dorfredakteur Heinrich* ■

Resolution des Rates vom 7.4.08:

1. Der Rat der Stadt Bad Fallingbostel hat sich stets gegen Gewalt und Fremdenhass ausgesprochen und sich für Demokratie und Menschenrechte eingesetzt. Dieser Einstellung widerspricht es, wenn der die antipluralistische und rassistische, insbesondere antisemitische Weltanschauung der Mathilde Ludendorff vertretende „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V." Tagungen im Stadtgebiet veranstaltet.

2. Der Rat der Stadt Bad Fallingbostel verurteilt, dass es am Rande einer Kundgebung zu Pöbeleien gegen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines internationalen Workcamps in Bergen-Belsen kam. Den Jugendlichen aus vielen Ländern gilt unsere Anerkennung für ihre dem Frieden und der Versöhnung gewidmete Arbeit.

3. Gewalt und extremistische Gesinnung – gleich ob von rechts oder von links – sind Phänomene, denen die Gesellschaft insgesamt begegnen muss. Zu dieser Verantwortung müssen sich der Staat, die Wirtschaft, die Verbände und Vereine, aber auch die Familien und jeder einzelne Bürger bekennen.

4. Der Rat der Stadt Bad Fallingbostel ruft deshalb generell die Bürgerinnen und Bürger im Stadtgebiet auf, gemeinsam deutlich Zivilcourage zu zeigen und appelliert:

a) Stellen Sie extremistischen oder rassistischen Gruppierungen keine Tagungsräume und Unterkünfte zur Verfügung. b) Verwahren Sie sich gegen diskriminierende und rassistische Äußerungen. c) Schauen Sie bei Übergriffen von Extremisten nicht weg. d) Rufen Sie bei extremistischen Straftaten unverzüglich die Polizei.
e) Treten Sie aktiv gegen Ausgrenzung und für ein friedliches Zusammenleben ein.

15 Jahre nach dem Solinger Brandanschlag: Widerstand gegen Rassismus und Neofaschismus notwendiger denn je

Der Solinger Brandanschlag von 1993 war nach den Morden von Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Lübeck und Hünxe der entsetzliche Höhepunkt einer Welle von rassistischen Pogromen gegen Menschen ausländischer Herkunft in unserem Land. Nach der Wiedervereinigung 1990 wurde durch eine massive mediale und politische Hetze gegen Asylbewerber das Klima des Zusammenlebens vergiftet. Die von der CDU eingeleitete „Asylkampagne" endete wenige Tage vor dem Solinger Brandanschlag am 26. Mai 1993 mit der faktischen Abschaffung des Asylrechtes durch eine Änderung des Grundgesetzes. Die Folge dieser Politik ist, dass die Neonazis sich ermuntert fühlen. Nazis sitzen heute in diversen Landtagen und Stadträten. Neben der neofaschistischen NPD, die vor kurzem in Solingen einen Kreisverband gründete, existieren auch offen gewalttätige „Freie Kameradschaften". Sie agieren auch in NRW zunehmend aggressiver. Die Gedenkstätte Wenzelnberg wurde Anfang dieses Jahres zum wiederholten Male von Nazis beschädigt.

Unsere Antwort auf die Ausgrenzungspolitik gegenüber MigrantInnen und die Duldung des rechten Terrors heißt:
● Den Rechtsextremisten den Boden entziehen. Gleiche soziale und politische Rechte für Alle. ● Wahlrecht für alle Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben. ● Ein wirkliches Bleiberecht für alle langjährig hier lebenden Menschen. ● Verbot der NPD. Bekämpfung aller rassistischen und faschistischen Organisationen. ● Rückzug der V-Leute des Verfassungsschutzes aus der NPD und anderen neofaschistischen Organisationen ● Wir treten für ein besseres solidarisches Zusammenleben aller hier lebenden Menschen ein.
Gedenkkundgebung in Solingen am Do., 29.5.2008, 19.00 Uhr in Solingen-Mitte, Untere Wernerstraße / Ecke Schweizer Straße. **Demonstration 15 Jahre danach: Rassismus und Neofaschismus bekämpfen! am Sa., 31.5.2008, 12.00 Uhr.** Treffpunkt in Solingen-Mitte, Mühlenplatz. *aus dem Aufruf (gekürzt), Kontakt: solinger-appell@operamail.com*

Beitrag zum 2. Referat auf der AN-Tagung am 23.2.2008:

Die Extremismusthese behindert lokale Demokratie

Unsere Studie „Grenzen lokaler Demokratie. Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum“[1] war geleitet von den Fragen: Unter welchen Bedingungen entwickelt sich vor allem im ländlichen Raum das zivilgesellschaftliche Engagement, das die Bundesprogramme gegen „Rechtsextremismus“ (CIVITAS, XENOS und ENTIMON) befördern wollten bzw. wollen? Was sind begünstigende, was sind hinderliche Faktoren einer solchen Entwicklung?

Hintergrund dieser Fragen ist einerseits das Fortbestehen der Problemlage, auf die die Bundesprogramme reagieren sollten, und andererseits der Umstand, dass nach den praktischen Erfahrungen mit diesen Programmen in den Jahren 2001–2006 der tatsächlichen Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen deutlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte.

Ansatzpunkte der Studie

Zwar gab es auch schon vor unserer Studie Arbeiten, die zur Evaluation der von den Bundesprogrammen geförderten Projekte dienten, insgesamt sind aber bezüglich der Entwicklungsbedingungen zivilgesellschaftlicher Initiativen noch viele Fragen zu untersuchen.

Unsere von der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen in Auftrag gegebene Studie analysiert vor allem die strukturellen Zusammenhänge zwischen kommunalen Institutionen, durch Förderprogramme gestützten Beratungs- und Finanzierungsangeboten (z.B. „Mobile Beratungsteams“, „Opferberatungsstellen“ oder die 2007 neu geschaffenen „Lokalen Aktionspläne“) und den Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements. Empirische Basis bildeten dafür Interviews in einer bayerischen und einer sächsischen Kleinstadt mit Expertinnen und Experten aus den verschiedenen Bereichen, deren gegenseitige Beeinflussung untersucht werden sollte.

Ausgewählt wurden die beiden Kommunen dabei aufgrund des außergewöhnlich hohen Grades an zivilgesellschaftlichem Engagement in ihnen, das sich im bayerischen Fall ohne und im sächsischen mit massiver Unterstützung durch die Bundesprogramme entwickelte.

Getragen waren die an Leitfragen orientierten Interviews sowie ihre Analyse dabei von drei Thesen, deren Überprüfung im Mittelpunkt unseres Interesses stand:

1. Rassismus, Antisemitismus und andere Elemente der nationalsozialistischen Ideologie existieren in der Mitte der Gesellschaft.

2. Für die Existenzbedingungen einer Naziszene im ländlichen Raum ist das institutionelle Gefüge der Gemeinden von entscheidender Bedeutung.

3. Das Problem im ländlichen Raum ist nicht in erster Linie ein Mangel an zivilgesellschaftlichem Engagement, sondern die bestehende Integration dieses Engagements in die kommunalen Strukturen.

Ausgewählte Ergebnisse 1: Demokratidefizit

Ein erstes wichtiges Ergebnis unserer Befragung war die herausragende Rolle der Bürgermeister in den beiden Kommunen. Unabhängig von der Existenz durch die Bundesprogramme gestützter Initiativen und Angebote hatte sich in beiden Kommunen gezeigt, dass ohne die massive öffentliche Unterstützung durch die Bürgermeister oder die Landräte zivilgesellschaftliches Engagement kaum Wirksamkeit entwickeln konnte. Erst durch die deutlich erkennbare Unterstützung der Bürgermeister, die die von zivilgesellschaftlichen Initiativen angesprochenen Probleme auf ihre eigene politische Agenda setzten, kam es in den Kommunen zu öffentlichen Auseinandersetzungen unter Beteiligung maßgeblicher Teile der Bevölkerung.

Wir interpretieren diese Abhängigkeit zivilgesellschaftlichen Engagements von offizieller Unterstützung durch die Spitzen der Rathäuser oder Landratsämter als Indiz eines fundamentalen Demokratiedefizits. Die obrigkeitsstaatliche Orientierung, die sich darin ausdrückt, ist zugleich ein Element der Einstellungsmuster, die mit der nationalsozialistischen Ideologie harmonieren. Zu den wesentlichen Elementen dieser Ideologie gehören neben der obrigkeitsstaatlichen Orientierung, die im „Führerprinzip“ ihre radikale Zuspitzung erfährt, unter weiteren auch Antisemitismus, Rassismus und Vorstellungen einer ökonomischen Ordnung, in der sich „ehrliche deutsche Arbeit“ vom „raffenden, schmarotzenden Kapital“ befreien muss.

Zum anderen ist die Abhängigkeit des zivilgesellschaftlichen Engagements von den Bürgermeistern aber langfristig auch ein Problem für dessen ureigenste Aufgabe: Missstände der Verwaltung oder blinde Flecken der kommunalpolitischen Problematisierungen und Konzepte zu thematisieren. Zwar gab es in beiden Kommunen einen intensiven Austausch über Problemanalysen und Problemlösungsstrategien zwischen einigen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen und der Verwaltung. Die dabei auftretenden Konflikte wurden aber einer öffentlichen Auseinandersetzung entzogen. Konflikte sollten auf Wunsch der Verwaltungsspitzen möglichst nur hinter verschlossenen Türen ausgetragen werden. Beispielhaft für diese Haltung sei hier folgende Passage aus einem der Interviews zitiert: *„[D]as Thema eignet sich nicht für Politik in dem Sinne, dass die eine Partei sich profiliert, wie gut sie damit umgeht oder wie gut sie das bekämpft, und die andere beschimpft, wie schlecht sie das tut. … Es ist also wichtig, dass hier die Demokraten ‘n Konsens haben und das Thema gemeinsam angehen. Das, wie gesagt, das eignet sich nicht für parteipolitische Profilierung.“*

Größe und Dringlichkeit der Probleme dienen hier als Begründung für eine überparteiliche, konzertierte Handlungsstrategie, die keine Abweichung duldet. Der demokratische Wettbewerb um richtige Einschätzungen und Strategien wird so delegitimiert. Praktisch führt das dann dazu, dass nur die Probleme, die auch den kommunalen Verwaltungsspitzen einleuchten, öffentlich thematisierbar sind. Die Gewalterfahrungen von Jugendlichen können so beispielsweise leicht aus der Situationsbeschreibung verschwinden.

Ausgewählte Ergebnisse 2: Die Extremismusthese

Die negativen Effekte des existierenden Demokratiedefizits überlagern sich mit einem zweiten wichtigen Befund unserer Befragungen. Gerade von den Vertreterinnen und Vertretern der großen politischen Parteien und von den Verwaltungsspitzen wurde das Modell des Extremismus als einzig angemessene Problembeschreibung akzeptiert und offensiv verteidigt. Diesem Modell schlossen sich aber fast alle der Befragten an, auch wenn die Folgerung, dass Wachsamkeit gegen jeden Extremismus angebracht sei, – obwohl in den untersuchten Kommunen regelmäßig nur eine spezifische Form („Rechtsextremismus“) zu beobachten war – vor allem von den Verwaltungsspitzen als politisches Programm durchgesetzt wurde.

Das dabei vertretene Extremismusmodell ist nicht besonders ausgearbeitet, sondern greift auf die im Ausdruck enthaltene Bildlichkeit zurück. Demnach ist die demokratische „Mitte“ der Gesellschaft von Extremen bedroht, gegen die sie sich zur Wehr setzen muss. Das führt zu falschen Einschätzungen des sogenannten „Rechtsextremismus“, der in der bayerischen Kommune vorrangig als Jugend- und Gewaltproblem gesehen wurde, und auch im sächsischen Beispiel als ein solcher Problemkomplex zwar nicht

besprochen, wohl aber behandelt wurde. Die Einsicht, dass die Jugend- und Gewaltproblematik nur Ausdruck weit verbreiteter Einstellungen ist, die zumindest mit Teilen einer nationalsozialistischen Weltanschauung – etwa bei rassistischen Überzeugungen oder der nationalsozialistischen Variante der Kapitalismuskritik – übereinstimmen, führte in beiden Kommunen zu keinen praktischen Konsequenzen.

Opfergruppen oder Initiativen, die solche Analysen betonen und Konsequenzen aus entsprechenden Erfahrungen fordern, sind im Rahmen des lokalen Demokratieverständnisses schnell selbst randständig. Hier hat die Extremismuskonzeption weitere negative Resultate. Der Ausschluss dissidenter Positionen als „extremistisch“ wird durch sie gerechtfertigt und der demokratische Wettbewerb um Analysen und Strategien erneut zugunsten der politisch dominanten Positionen eingeschränkt. Als Anhaltspunkt für eine „extremistische“ Haltung kann es dabei schon ausreichen, wenn eine „vertrauensvolle“ Zusammenarbeit mit der Verwaltung oder Strafverfolgungsbehörden abgelehnt wird. Auch die Thematisierung von Antisemitismus und Rassismus als Normalität in der Bevölkerung der betroffenen Kommunen – etwa durch Antifagruppen – gilt als Hinweis auf eine „extremistische“ Einstellung.

Diskussion einer zentralen Empfehlung der Studie

Aus der dargestellten Analyse der Ergebnisse der Studie leiten sich zunächst zwei Forderungen ab: Die Stärkung der demokratischen Prozesse in den Kommunen und die möglichst präzise Benennung der tatsächlich vorhandenen Problemlagen.

Für uns lag es in diesem Zusammenhang auch nahe, wegen seiner negativen Konsequenzen den Begriff des „Extremismus“ für die Auseinandersetzung mit nationalsozialistischen Einstellungsmustern aufzugeben. Die Bezeichnung „Rechtsextremisten“ sollte entsprechend durch „Nazis“ ersetzt werden. Dieser Vorschlag wurde bei verschiedenen Präsentationen der Studie äußerst kontrovers diskutiert.

Ein häufiger Einwand war, dass die Bezeichnung „Nazi“ in vielen Fällen deutlich zu scharf sei. Viele, die unter „Rechtsextreme“ gefasst würden, verträten keine nationalsozialistischen Positionen. Dies gelte insbesondere für die große Gruppe der „Rechtspopulisten“.

Dieser Einwand übersieht, dass wir uns für größtmögliche Präzision bei der Analyse der Problemlagen aussprechen. Gruppierungen, die den „Nationalen Sozialismus jetzt!“ propagieren, unterscheiden sich deutlich von einigen Parteien, die dem „Rechtspopulismus“ zugeordnet werden. Erstere bildeten aber in den von uns untersuchten Regionen den Kern des als „Rechtsextremismus“ gefassten Problems. Hier unter der vermeintlich weichen Überschrift „Rechtsextremismus“ die genaue Analyse zu vermeiden, heißt unserer Überzeugung nach aber auch einen wichtigen Teil der politischen und zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung aufzugeben. Der Begriff „Rechtsextremismus“ kann in diesem Zusammenhang sogar zur Verharmlosung der Problemlage beitragen – eben weil er von diffusen Überzeugungen 13-Jähriger über offen nationalsozialistische Positionen bis hin zum Rechtspopulismus alles erfassen soll.

Ein zweiter damit teilweise zusammenhängender Einwand bezog sich auf den historischen Nationalsozialismus, der



durch eine Aktualisierung des Begriffs verharmlost werde. Elemente des historischen Nationalsozialismus, wie die Shoa, der Vernichtungskrieg, die Ermordung politischer „Feinde“ und „unwerten“ Lebens, ließen sich bei den aktuellen Erscheinungen des „Rechtsextremismus“ nicht nachweisen.

Zweifellos entwickeln die Gruppierungen, die wir als Nazis zu bezeichnen vorschlagen, nicht den Terror, den der historische Nationalsozialismus in der Periode seiner Machtentfaltung ausübte. Umso dramatischer sind aber die positiven Bezüge auf den Nationalsozialismus angesichts der historischen Erfahrung. Aussagen wie: „‚Wir‘, ja, irgendwas mit Nigger – und, ja, ‚wir dürfen dich aufschlitzen‘“, gegenüber einem neunjährigen Kind von Gleichaltrigen oder etwas Älteren gemacht, offenbaren zugleich die Vernichtungsdrohung, die auch heute in solchen Einstellungen enthalten ist und das Prädikat „nationalsozialistisch“ aus unserer Sicht sachlich aktualisiert, auch wenn mit dem Einstellungsmuster nicht das aus dem historischen Nationalsozialismus bekannte Handlungspotenzial systematischer Vernichtung entspricht. Der Bezug auf den historischen Nationalsozialismus ist also in diesem Zusammenhang keine bloß sprachliche Aktualisierung der Vergangenheit zur Verstärkung eines politischen Anliegens.

Diese Begründung der Begriffswahl entkräftet unseres Erachtens zugleich einen weiteren Einwand. Bei „Nazi“ hieß es, handle es sich weder um eine „Selbstbezeichnung, noch um eine analytisch-wissenschaftliche Begriffsbildung wie „Rechtsextremismus“, sondern um eine politischen „Kampfbegriff“.

Neben der sachlichen Begründung für unseren Vorschlag spricht gegen diesen Einwand auch, dass er das politische Potenzial scheinbar rein „analytischer“ Begriffsbildungen unterschätzt. Gerade am Beispiel des „Extremismusbegriffs“ zeigen unsere Untersuchungen sehr weitreichende und analytisch nicht oder nur unzureichend kontrollierte politische Konsequenzen. In einem Feld politischer Auseinandersetzung rein analytische Begriffe finden zu wollen, scheint uns von vornherein aussichtslos. Wichtiger ist für uns daher, die in den Begrifflichkeiten mit ausgesprochenen Analysen offen zu legen. Die Bezüge zur Ideologie des historischen Nationalsozialismus scheinen uns in diesem Zusammenhang analytisch eindeutiger belegbar, als die offenkundig falschen Folgerungen, die der Extremismusbegriff nahe legt.

Schließlich sorgte für Verwunderung, dass der gegenüber „Rechtsextremismus“ eher stärker abgrenzende Begriff „Nazis“ wohl kaum geeignet sein könne die Wahrnehmung als Randgruppenproblem einzuschränken.

Dieser Einwand ist zunächst stichhaltig. Die Auseinandersetzung mit dem, was im Bild der Extremismuskonzeption die „Mitte“ der Gesellschaft ist, wird auch mit dem von uns vorgeschlagenen Wechsel der Bezeichnungen nicht erreicht. Um dieses Ziel zu erreichen, sind deshalb weitere zentrale Empfehlungen unserer Studie entscheidend. Zu nennen ist hier vor allem der Übergang von einer Auseinandersetzung mit Randgruppen zur Auseinandersetzung mit Einstellungen wie Rassismus, Antisemitismus oder obrigkeitsstaatlichen Gesellschaftsvorstellungen, sodass die inhaltliche Auseinandersetzung zum Schwerpunkt wird. Dafür sind auf wissenschaftlicher Ebene Konzepte explizit für Erwachsene zu entwickeln, um in gesellschaftliche Regelstrukturen wie Ausbildung, berufliche Tätigkeit, politisches Engagement und Freizeitorganisation hineinzuwirken.

Christian Schmidt
Doris Liebscher ■

1 Die Studie ist online abrufbar unter: http://www.gruene-bundestag.de/cms/rechtsextremismus/dokbin/187/187846.pdf

NPD-Kampagne in Vorbereitung des 1. Mai

Die NPD hat am 5. März eine Kampagne „Sozial geht nur national“ gestartet. Vorrangig dient sie zunächst der Mobilisierung für den geplanten neonazistischen Großaufmarsch in Nürnberg am 1. Mai 2008. Für diesen Aufmarsch unter dem Motto „1. Mai – Tag der deutschen Arbeit“ – „Auf zur sozialen Wende!“ laufen bereits alle organisatorischen Vorbereitungen wie die Sammlung in den Busfahrgemeinschaften aus verschiedenen Bundesländern, die Bestimmung des Nürnberger Treffpunktes (P+R-Parkplatz am U-Bahnhof Herrnhütte ab 12.00 Uhr), die Herausgabe von Hinweisen, welche Materialien, Kleidungsstücke und Zeichen nicht getragen werden dürfen. Vorab sind als Redner der Parteivorsitzende Udo Voigt, der Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten Michael Schäfer, der stellv. Parteivorsitzende Sascha Roßmüller und der bayrische Landesvorsitzende Ralf OlIert benannt. Für kulturelle Umrahmung sind Jörg Hähnel und Oliver (HKL) angekündigt. Im Aufruf für die Nürnberger Demonstration heißt es, wer den Sozialstaat wolle, dürfe den Nationalstaat nicht aufgeben, der dem globalkapitalistischen Gewinnstreben im Wege stehe. Die Teilnahme in Nürnberg sei eine Unterstützung der „sozialpolitischen Erneuerungsbewegung NPD“. Im Begleittext von Voigt heißt es, dass man am 1. Mai „für die Schaffung von Arbeitsplätzen für Deutsche und die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit“ demonstriere. Neben zahlreichen Phrasen richtet er die Kritik vor allem gegen jegliche Steuerreformen zu Gunsten der „Finanzaristokratie“, gegen eine unsoziale Rentenreform und antisoziale Arbeitsmarktgesetze wie Hartz IV, gegen eine „Gesundheitsreform, die krank macht“, gegen EU und WTO. Zur Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und Vollbeschäftigung für alle Deutschen zählt Voigt die Einführung von Schutzzöllen auf Waren, die in fremden Ländern produziert werden, die steuerliche Bestrafung deutscher Unternehmen, die im Ausland Produktionsstätten errichten und solche in Deutschland schließen, während die, die im Inland produzieren, gefördert werden sollen.

Die von NPD und JN getragene Kampagne verfolgt aber auch über den 1. Mai hinausgehende Ziele. Ganz offensichtlich geht es darum, in der Verbindung sozialer Themen mit fremdenfeindlichen und nationalistischen Argumentationen die NPD nach den Niederlagen und schwachen Ergebnissen in den letzten Wahlkämpfen wieder stärker in die Offensive zu bringen und ihr bröckelndes Image zu reparieren. Wie aus den Ankündigungen zu ersehen ist, wird die Parole „Sozial geht nur national“ in den nächsten Wochen und Monaten auf vielen Wegen in die Öffentlichkeit gebracht. Dabei stört sich die NPD nicht an der Unsinnigkeit dieser Parole, die negiert, dass soziale Politik alle Ebenen einschließt, sowohl lokal/kommunal „geht“, regionale und nationale Aktivitäten erfordert, aber eben auch internationale. Gerade Letzteres aber will die NPD ausblenden, darauf ihre ausländerfeindliche, rassistische und nationalistische Hetze gründen. Angelehnt an Teile des vor einigen Jahren veröffentlichten „Aktionsprogramms“ konzentriert die NPD ihre aktuellen Forderungen wiederum ausschließlich zugeschnitten auf die deutsche Wohn-



bevölkerung, wenn sie „Arbeit für alle Deutschen“, die Einführung von getrenntem Schulunterricht für deutsche und ausländische Kinder, den 1. Mai als „Tag der deutschen Arbeit“, das Müttergeld für deutsche Mütter usw. fordert.

Die Materialien

Zur Kampagne hat die NPD acht Flugblätter hergestellt, die von ihrer Netzseite für die Arbeit der Gliederungen von NPD und JN, aber auch von jedermann abgerufen und vervielfältigt werden können. Neben dem schon genannten Aufruf zum 1. Mai umfassen sie folgende Thematik:

Auszüge aus dem Aktionsprogramm der NPD. Aufgenommen sind hier die Abschnitte „Arbeitsplatz statt Globalisierung“, „Volksgemeinschaft statt Multikulti“, „Ehrlichkeit statt Parteienfilz und Korruption“, „Frieden für Deutschland“ (Abzug aller fremden Truppen, Austritt aus der NATO, Rückkehr der Bundeswehr aus allen Gebieten, in denen sie der Unterstützung der US-Truppen dient), „Familienförderung statt Konzernsubventlon“.

„Was wir wollen“. Dieses Flugblatt dient der Anpreisung der NPD als „ernstzunehmende politische Erneuerungsbewegung“. Deshalb ist es angefüllt mit Phrasen derart „Keine Partei wie alle anderen“, „Wir sind das Volk“, „Unser größter Trumpf ist die Solidarität“, „Nur wer mitmacht, kann verändern“, „Nationalismus – ein politischer Frühling“, „Wir sind anders!“, „Deutschland verändern – jetzt!“ usw. Dazu erscheinen ein Aufnahmeantrag für die NPD und die Adressen aller Landesverbände der Partei sowie ein Spendenformular.

„Arbeit für alle Deutschen!“ Dieses Flugblatt zeigt schon in der Überschrift die ausländerfeindliche Stoßrichtung. Als Ausgangspunkt ist Hartz IV gewählt (Hartz IV – „das ist die Unfähigkeit der Blockparteien, das Armutsloch in unserem Land zu schließen“). Das Problem sei: zu wenig Arbeitsplätze, vernichtet durch Globalisierung. Als Lösung dann die Floskel „Volkswirtschaft statt Globalisierung“ bzw. „Wir brauchen nationale Märkte“. Niedriglöhne seien keine Lösung, gefordert werden Mindestlöhne von 8,80 Euro pro Stunde.

„Stoppt Zeit – und Leiharbeit!“ Das Flugblatt gegen Lohndumping, Sozialraub und Ausbeutung enthält eine sehr konkrete und scharfe Kritik an den Zuständen und Auswirkungen der Zeit- und Leiharbeit. Dazu dient auch ein Kommentar von Peter Marx (stellv. Parteivorsitzender). Gefordert wird ein Verbot bzw. eine Einschränkung der Zeitarbeit per Gesetz, gleiches Geld für gleiche Arbeit, Anpassung des Kündigungsschutzes für Zeitarbeiter, Mindestlohn auch für diese, Sondersteuer für Unternehmen, die regelmäßig Zeitarbeiter beschäftigen. Auch hier sollen deutsche ausländischen Arbeitern vorgezogen werden.

„Soziale Erneuerung“. Mit kritischen Bemerkungen, dass von der sozialen Marktwirtschaft in der BRD nichts mehr übrig geblieben sei, dass Kapitalismus pur herrsche, mit einigen Phrasen und dem Anwurf, dass die Linke heute nicht mehr sozial sei, wird in diesem Flugblatt versucht, die NPD als Vorkämpfer sozialer Erneuerung anzupreisen. Soziale Gerechtigkeit brauche die „nationale Solidarität“. Scharf kritisiert wird ein „bedingungsloses Grundeinkommen“, die die unwirkliche Utopie der Linkspartei sei. Deren wirkliche Anliegen seien „Einwanderung von Ausländern, Rauschgiftfreigabe, Selbstverwirklichung von Randgruppen auf Kosten der Allgemeinheit“. Ausländer, Schwule, Lesben, Rowdys und Rauschgiftkonsumenten seien die bevorzugten Zielgruppen ihrer angeblich „sozialen“ Politik.

„Mütter verdienen ein Gehalt“. Grundthese dieses Flugblatts ist, dass der Staat die Erziehungsarbeit von Eltern finanziell honorieren müsse. „Das ist sozial!“ heißt es. Das Elterngeld sei eine Mogelpackung, ein „vergiftetes Geschenk“. Alle Argumente dazu laufen im Grund darauf hinaus, die NPD-Vorstellungen von der Rolle der Familie und von der Fernhaltung der Frau aus dem Wirtschaftsleben zu untersetzen. Entsprechend ist auch der dazu gefügte Kommentar von Gitta Schüßler (NPD-Abgeordnete im sächsischen Landtag und Sprecherin des Rings Nationaler Frauen-RNF). Konsequenz ist dann die Forderung nach einem sozialversicherungspflichtigen Müttergehalt von 1000 Euro netto – aber nur für deutsche Mütter! „Deutschland braucht mehr deutsche Kin-

der!“ wird betont. Berufstätige Mütter sollten ein gekürztes Müttergeld erhalten.

„Das passiert, wenn die NPD regiert. Ein Maßnahmekatalog.“ Hierzu hat sich die NPD elf fiktive Radiomeldungen (Zeitraum 5.11. bis l2.8. – ohne Jahresangabe) ausgedacht, die in ihrer Summe und in ihrer Kürze noch einmal das ganze reaktionäre ausländerfeindliche und demagogische Programm der Partei demonstrieren. Unter Regierungsverantwortung der NPD würden danach ein „Nationales Arbeitsplatzsicherungsgesetz“ und ein „Hartz IV – Abwicklungsgesetz“ auf den Weg gebracht. Zu einem neuen Staatsbürgerschaftsgesetz würden Maßnahmen zur Ausländerrückführung kommen. Der Rechtsanspruch auf Asyl sollte gestrichen werden. Er habe aber im Bundestag nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit erhalten, da Linke, CDU,CSU, SPD, Grüne und FDP dagegen gestimmt hätten. Daher habe man nur Änderungen im Asylverfahren, hinsichtlich der Ausweisung von Scheinasylanten und zur verschärften Regelung für die Einreise durchsetzen können. Alle Bundeswehrsoldaten würden aus dem Ausland abgezogen. Umfangreiche Maßnahmen würden durch eine NPD-Regierung zur Förderung deutscher Familien beschlossen, das Kindergeld für Deutsche würde sofort auf 500 Euro erhöht – aber das Kindergeld für Ausländer müsse künftig von deren Heimatländern bezahlt werden. Besondere Vergünstigungen würden für sozial schwache Kinder eingeführt, viele Leistungen erhielten sie nun kostenlos.

Schließlich gibt die NPD vor, dass auf einem EU-Gipfel die „nationaldemokratische Bundesregierung“ einen Sondergipfel zur „Rückabwicklung der EU-Osterweiterung“ und zur „Einführung der nationalen Währungssouveränität“ beantragen wolle. Sollte dem dort nicht zugestimmt werden, erwäge die Regierung den Austritt aus der EU.

Als besonderen „Erfolg“ ihrer Politik vermeldet die NPD am Ende, dass sich die Zahl der in der BRD lebenden Ausländer im ersten Jahr nach ihrem Regierungsantritt um 2.032.764 verringert habe (nicht gerechnet 788.089 ausgewiesene Illegale).

Newsletter Die Linke / BAG Rechtsextremismus / Antifaschismus Antifa aktuell März 2008 – Extra ■

Frankreich:

Die extreme Rechte vor ihrer (nächsten) Spaltung?

Die französische extreme Rechte könnte vor einer neuen Spaltung stehen. Während der Front National (FN) weiterhin in einer tiefen organisatorischen und politischen Krise steckt und diese auch bei den Rathaus- und Bezirksparlamentswahlen vom März 2008 nicht überwinden konnte – AN berichteten ausführlich –, bereiten andere Kräfte zusammen mit innerparteilichen Strömungen eine neue Parteigründung vor.

Front National weiterhin auf striktem Sparkurs

Nun ist es also offiziell: Der Parteisitz des Front National (FN) wird „im Mai oder Juni dieses Jahres“ definitiv vom Pariser Nobelvorort Saint-Cloud, wo er sich seit langen Jahren befand, in die Bezirkshauptstadt Nanterre westlich von Paris verlegt. Dies kündigte FN-Chef Jean-Marie Le Pen am vergangenen Freitag in einer Videobotschaft auf der Homepage seiner Partei an. (Vgl. http://fr.news.yahoo.com/afp/20080404/tpl-partis-fn-ee974b3.html) Der Grund dafür ist finanzieller Natur: Die Partei benötigt dringend frisches Geld, da sie 8 Millionen Euro Schulden hat. Der alte Parteisitz – bekannt unter dem Namen ‚Le Paquebot‘ (Der Dampfer) – maß rund 5.000 Quadratmeter, der neue misst noch ihrer 1.800. Der Verkauf der alten Parteizentrale, ursprünglich bis Ende April angekündigt, durch den FN soll laut Le Pen „im Laufe des ersten Halbjahres“ erfolgen und ihm 16 Millionen Euro an „frischem Geld“ eintragen. Das von den Linksparteien (unter Führung des KP-Bürgermeisters Patrick Jary) geleitete Rathaus von Nanterre bezeichnet die Niederlassung der Parteizentrale in ihrer Stadt – „wo der FN nicht einmal über Gewählte (im Kommunalparlament) verfügt“ – als „Schande für die Demokratie“. (Vgl. http://www.europe1.fr/informations/articles/1334883/le-front-national-va-s-installer-a-nanterre-la-mairie-communist. html) Darauf antwortete die rechtsextreme Partei ihrerseits mit einem unfreiwillig komischen Kommuniqué, worin sie die Position des „kommunistisch geführten“ Rathauses von Nanterre mit der Repression durch das (angeblich „kommunistische“) chinesische Regime in Tibet verglich, unter dem Titel: „Von Tibet bis Nanterre: Der Kommunismus (ist) unvereinbar mit der Demokratie.“ (Vgl. http://www.frontnational.com/communique_detail.php?id=1654)

Auch sonst sieht sich der FN gezwungen, einen strikten Sparkurs zu fahren. Und die Motivation dazu ist offenkundig nicht allein finanzieller Art. Im Hinblick auf den alljährlichen Aufmarsch der rechtsextremen Partei am 1. Mai, „zu Ehren von Jeanne d’Arc“ – die durch französische Rechtsnationalisten als „Nationalheilige“ betrachtet wird – kündigte die FN-Spitze an, den Ort der Abschlusskundgebung zu ändern. Statt auf dem Vorplatz der Pariser Oper soll Jean-Marie Le Pen in diesem Jahr seine Rede auf der Place des Pyramides (in der Nähe des Louvre), wo sich eine vergoldete Statue von Jeanne d’Arc befindet, halten. Bereits bisher zog der jährliche FN-Aufmarsch über die Place des Pyramides hinweg, von dort aus jedoch weiter bis vor die Oper. Offiziell rechtfertigte der FN-Apparat diese Verkürzung der Aufmarschroute mit Einsparungen „bei den Beschallungs- und Beleuchtungskosten“, denn die Place des Pyramides ist ungleich kleiner als der Opernplatz. In Wirklichkeit jedoch geht es wohl auch darum, den negativen Eindruck zu verhindern, der entstünde, falls Le Pen vor einem zur Hälfte oder zu drei Vierteln leeren Platz sprechen müsste. (Vgl. http://www.lesechos.fr/info/france/4707841.htm) Bereits in den vergangenen Jahren schaffte der FN es nicht, den Opernplatz, der – gut gefüllt – über 10.000 Menschen fassen dürfte, wirklich voll zu bekommen.

Unterdessen hat das Mitteilungsblatt des Parteiapparats ‚Français d’abord‘ in seiner letzten Nummer (April 2008) seine Einstellung, mit sofortiger Wirkung, angekündigt. Gleichzeitig zeichnet sich ab, dass die parteinahe, und zu 40 % der Kapitalanteile auch parteieigene, „Nationale Wochenzeitung“ National Hebdo (NH) dicht vor der Pleite steht. „In den nächsten Tagen“ soll sie voraussichtlich ihren Bankrott anmelden. Die Zeitung wurde und wird bisher durch die Partei subventioniert, da sie aufgrund einer eher spärlichen Leserschaft – der sich auf den engsten Kreis der Parteimitglieder reduzieren dürfte – nicht von ihren Einnahmen aus dem Kiosk- oder Aboverkauf überleben könnte: Angeblich trägt sie dem FN einen Verlust von rund 100.000 Euro pro Jahr ein. Nun ist mit ihrer baldigen Einstellung zu rechnen: „Rund um den 15. April“ soll Schluss sein. Allerdings erschien am vergangenen Donnerstag (17. April) noch eine Ausgabe.

„Cheftochter“ und Parteimodernisiererin Marine Le Pen trägt sich jedoch anscheinend mit der Absicht, binnen kurzer Zeit eine neue Zeitung zu gründen. Diese soll nur noch ausschließlich an Abonnenten sowie per Handverkauf vertrieben werden, also ohne den wenig einträglichen Kioskverkauf, und den Titel ‚Le National‘ führen. Geleitet werden soll sie den Plänen zufolge durch den früheren NH-Journalisten Jean-Emile Néaumet

und durch Alain Soral, einen ehemals von der Linken kommenden und beim FN gelandeten Berufsprovokateur, der in den Jahren von 2005 bis 07 Marine sowie Jean-Marie Le Pen beriet, jedoch innerparteilich aufgrund seines demagogischen „Linkskurses“ im Wahlkampf unter heftige Kritik geriet. Deshalb unken bereits manche Stimmen aus der extremen Rechten, die Finanzkrise diene Marine Le Pen als bequemer Vorwand, um eine Umstrukturierung der „nationalen Presse“landschaft in ihrem Sinne vorzunehmen. Der Augenblick wäre jedenfalls günstig…

Neue Parteigründung in Vorbereitung

Unterdessen bereiten sich innerparteiliche „Dissidenten“strömungen sowie andere Kräfte der extremen Rechten darauf vor, eine neue Partei oder Sammelbewegung aus der Taufe zu heben. Jene Kräfte, die daran beteiligt sind, positionieren sich eher rechts vom FN (bzw. dem Mainstream der Partei, insbesondere verkörpert durch die verhasste „Modernisiererin“ Marine Le Pen) und werfen ihm vor, „zu schlapp“ geworden zu sein.

Am 29. März wurde, laut einem Artikel der rechtsextremen aber parteiunabhängigen Wochenzeitung ‚Minute‘, anlässlich eines Treffens in Paris eine Struktur für eine neue Bewegung geschaffen. Daran nahmen laut Angaben eines prominenten Beteiligten, Robert Spieler (vgl. unten), 40 rechtsextreme Kader und unter ihnen 15 Regionalparlamentarier teil. Die Struktur steht derzeit noch unter dem (provisorischen) Namen „Initiativkomitee für die Refondation (Wieder-, Neugründung)“. Am 27. April will diese „Bewegung“ – die bislang noch keine politische Partei darstellt, aber in naher Zukunft eine werden soll – sich einen endgültigen Namen verleihen, und am 1. Juni dieses Jahres in Paris einen Gründungskongress oder „nationalen Konvent“ abhalten. Ihm soll im Dezember 2008 ein erster Parteitag folgen.

An dem Gründungsversuch nehmen bisher teil:

◗ Robert Spieler, der bisherige Chef der 1988 aus einer Abspaltung des FN im Elsass entstandenen rechtsextrem- regionalistischen Bewegung ‚Alsace d’abord‘ (Elsass zuerst);

◗ Bruno Mégret, der Vorsitzende des Mouvement national-républicain (MNR, Nationale und republikanische Bewegung), einer Partei, die 1999 als Abspaltung vom FN entstand und die Hälfte seiner Kader und Mandatsträger mitnahm, aber heute klinisch tot und hoffnungslos überschuldet ist; der MNR (bzw. was davon noch übrig ist) dürfte sich deshalb wohl umso widerstandsloser in eine Sammelpartei hinein auflösen;

◗ mehrere rechtsextreme Regionalparlamentarier, die bislang dem FN angehörten, wie Jean-François Touzé im Raum Paris, François Dubout in der Region Nord-Pas de Calais sowie François Ferrier und Jean-Philippe Wagner (katholischer Fundamentalist) in Lothringen/Lorraine; F. Dubout ist frisch aus dem FN ausgeschlossen worden, weil er als Spitzenkandidat bei den jüngsten Kommunalwahlen im März 08 in Calais seine Liste (gegen den Willen der Parteiführung) kurz vor der Stichwahl zurückzog und es dadurch der konservativen Regierungspartei UMP erlaubte, das bisher „kommunistisch regierte“ Rathaus von Calais zu „erobern“; deswegen feierte o.g. Robert Spieler ihn auch jüngst als „den, der das kommunistische Rathaus von Calais stürzte“;

◗ und Robert Hélie, der Kopf der Zeitschrift ‚Synthèse nationale‘, der den Großteil der Vorgenannten oder jedenfalls der von ihnen repräsentierten politischen Kräfte schon am 27. Oktober 2007 zu einer gemeinsamen Saalveranstaltung im 7. Pariser Bezirk versammeln konnte.

Robert Spieler trat, vor dem Hintergrund dieser anlaufenden Umgruppierung im rechtsextremen Lager, am 14. April vom Vorsitz der von ihm gegründeten Bewegung ‚Alsace d’abord‘ zurück. Letztere wird nun am 23. April, aus Anlass eines Kongress zum zwanzigsten Jahrestag ihrer Gründung, eine neue Führung wählen (müssen). (Vgl. http://www.franceinfo.com/spip.php?article122875&theme=69&sous_theme=69) De facto befindet sich diese Formation allerdings ohnehin in einer Krise, da sie durch ihre jüngsten schlechten Wahlergebnisse geschwächt ist. Am 9. März erhielt ihre Liste in Strasbourg, beim ersten Durchgang der Kommunalwahlen, nur noch 2,17 % der Stimmen in der elsässischen Regionalmetropole (zuzüglich 2,84 % für die andere rechtsextreme Liste, jene des „klassischen“ FN). Bei den vorangegangenen Kommunalwahlen im März 2001 hatte Alsace d’abord in derselben Stadt noch 9,21 % der Stimmen auf sich gezogen, zuzüglich 7,50 % für den FN, der auch damals eine eigene Liste aufgestellt hatte.

Der ‚Bloc identitaire‘, die radikalste Organisation der französischen extremen Rechten (Stiefelfaschisten mit Blut-und-Boden-Ideologie, Nachfolgetruppe der im August 2002 verbotenen Sammelplattform Unité Radicale/UR) scheint zwar mit eigenen Repräsentanten an den ersten Schritten des jüngsten Gründungsversuchs beteiligt gewesen zu sein. Er dementiert jedoch nunmehr seine Teilhabe. Tatsächlich taucht der Name seiner leitenden Kaderin im Département Nord (um Lille), Isabelle Crépin, auf der Teilnehmerliste des Gründungs-Vorbereitungstreffens vom 29. März d.J. auf. Ihre Organisation gibt jedoch inzwischen an, dass sie nicht an ihm teilgenommen habe. *Bernhard Schmid, Paris* ■

Zehntausende Berliner kommen auf die Bahnhöfe des Gedenkens



BERLIN. Bereits am ersten Tag des Zugaufenthalts kamen über 10.000 Berliner auf den Ostbahnhof. Es bildeten sich lange Schlangen, in denen die Menschen bis zu drei Stunden warteten. „Dies ist eine stumme Demonstration, dass man uns das Gedenken nicht verbieten kann und dass auch Behinderungen nichts nutzen!“ sagten zahlreiche Besucher. Sie brachten Blumen und Andenken an die Deportierten an den Zug, der innerhalb weniger Stunden mit Lebenszeugnissen gefüllt war. Dazu gehört ein kleiner Kinderkoffer mit Spielzeug, den die Erben den Initiatoren des „Zugs der Erinnerung“ übereigneten.

Die Ausstellung auf dem Ostbahnhof war am Sonntag um 12.00 Uhr mit Ansprachen eines Deportationsopfers sowie des Bezirksbürgermeisters und des Vereins eröffnet worden. „Ich hatte die zweifelhafte Ehre mit der Reichsbahn insgesamt viermal verschleppt zu werden“, sagte Herbert Shenkmann. „Als kleiner Junge zuerst nach Theresienstadt, dann nach Auschwitz und dann in ein Außenlager des KZ Buchenwald. Befreit wurde ich dann durch US-Truppen auf dem vierten und letzten Transport. Diese Deportationen sind unvergessen.“

Im Laufe des Sonntag kamen mehrere Bundestagsabgeordnete an den Zug, um ihrer Unterstützung Ausdruck zu verleihen. Zu ihnen gehörte das Mitglied des Verkehrsausschusses Winfried Hermann. Auch Wolfgang Tiefensee besuchte die Ausstellung. Der Bundesverkehrsminister hatte die DB AG in den letzten Tagen mehrfach aufgefordert, ihren Widerstand gegen den „Zug der Erinnerung“ aufzugeben.

Am Vorabend der Ankunft des Zuges stellten etwa 800 Demonstranten vor der Konzernzentrale der DB AG Kerzen mit Namen der Berliner Opfer auf. In einer bewegenden Ansprache erinnerte Dr.Nathan Durst, Klinischer Direktor des psychosozialen Zentrums für Überlebende der Shoah (AMCHA), an seine beiden Schwestern Fanny und Jenny aus Berlin. Sie kehrten von den Todestransporten nach Auschwitz nicht zurück. Für den Zentralrat der Juden sprach dessen Generalsekretär Stephan Kramer.

WeitereTtermine: Potsdam (25.-26.4.), Cottbus (27.4.), Dresden (28.-30. 4.), Bautzen (2.-3.5.), Görlitz (4.-5. 5.). Anschließend wird der Zug durch Polen zur Gedenkstätte Auschwitz fahren.

www.zug-der.erinnerung.eu ■

Keine Abschiebungen nach Sri Lanka, in den Irak oder den Kosovo!

BERLIN. Angesichts der ausufernden Gewalt in Sri Lanka dürfen keine Menschen mehr in das südasiatische Land abgeschoben werden. Das Angebot des Bundesinnenministers, christliche Flüchtlinge aus dem Irak aufzunehmen, muss der Beginn eines jährlichen Aufnahmeprogramms von Flüchtlingen sein. Aschkali und Ägypter aus dem Kosovo dürfen in Zukunft nicht abgeschoben werden, forderte amnesty international (ai) anlässlich der Innenministerkonferenz am 17. und 18. April in Bad Saarow.

In Sri Lanka hat die Gewalt dramatisch zugenommen. Allein in den ersten 42 Tagen des Jahres 2008 kamen 180 Zivilisten um, fast 270 wurden verletzt. Die Anschläge erschüttern sämtliche Landesteile. Außergesetzliche Tötungen, Entführungen und gewaltsames „Verschwindenlassen" halten an. „Besonders gefährdet sind Tamilen; dies gilt auch für Rückkehrer", sagte die ai-Flüchtlingsreferentin Julia Duchrow. „Aber auch für Muslime und Singhalesen besteht keine inländische Fluchtalternative. Es muss daher einen generellen Abschiebungsstopp für Bürger Sri Lankas in Deutschland geben. Außerdem brauchen wir eine langfristige angemessene Regelung für die hier lebenden sri-lankischen Flüchtlinge", sagte Duchrow.

Die Sicherheitslage im Irak hat sich nur leicht und nur in Teilen des Landes verbessert. Der Irak bleibt eines der gefährlichsten Länder der Erde. 4,2 Millionen Iraker leben auf der Flucht, mindestens zwei Millionen in Syrien und Jordanien. Die Situation der Flüchtlinge, die bereits in diesen Ländern leben, hat sich derart verschlechtert, dass immer mehr Iraker trotz der Lebensgefahr in den Irak zurückkehren. ai begrüßt deswegen die Absicht, Flüchtlinge aus dem Irak aufzunehmen. „Das kann aber nur der Beginn eines jährlichen Aufnahmeprogramms von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen in der Bundesrepublik sein", sagte Duchrow. „Gleichzeitig fordern wir, Flüchtlinge nicht in den Irak abzuschieben, auch nicht in den kurdischen Norden."

Nach Einschätzung von ai ist die Lage im Kosovo weiterhin zu instabil, als dass die ethnischen Minderheiten der Aschkali und Ägypter dort sicher wären. Ethnisch motivierte Gewaltausbrüche sind weiterhin möglich. „Wir fordern die Innenminister auf, in Deutschland lebende Angehörige dieser Minderheiten in Zukunft nicht abzuschieben", sagte Duchrow. „Auch traumatisierte Menschen aus dem Kosovo dürfen aufgrund fehlender Behandlungsmöglichkeiten nicht abgeschoben werden." *PM amnesty international* ■

Zynisch: Iraker aufnehmen und gleichzeitig abschieben

MÜNCHEN. Der Bayerische Flüchtlingsrat begrüßt, dass die Innenministerkonferenz endlich über die Aufnahme von irakischen Flüchtlingen berät „Wer jedoch gleichzeitig Iraker abschiebt und zur Ausreise auffordert, macht sich unglaubwürdig", erklärt Alexander Thal, Geschäftsführer des Bayerischen Flüchtlingsrats

Elia Ziyad Rifaat (24), ein Christ aus dem Irak, floh zusammen mit seinem Bruder Petrus im Juli 2007 nach München. Während sein Bruder bleiben durfte und als verfolgter Christ anerkannt wurde, ist Elia am 25.3.2008 nach Griechenland abgeschoben worden. Dort lebt er auf der Straße, Unterbringung oder medizinische Hilfe gibt es für ihn nicht, stattdessen wurde er von griechischen Behörden aufgefordert, das Land zu verlassen.

Marwan Khedir Lyas (22), ist als Yezide ebenfalls letztes Jahr aus dem Irak geflohen. Kurz vor seiner Flucht starben bei einem Anschlag auf zwei yezidische Dörfer nahe Mossul über 500 Menschen, er selbst ist schwer traumatisiert. Da er jedoch über Griechenland einreiste, soll auch er dorthin abgeschoben werden. Unter diesem Druck ist er schwer erkrankt, auf 50 kg abgemagert und wird derzeit psychiatrisch im Bezirkskrankenhaus Günzburg behandelt.

Nun hat sich der Menschenrechtsausschuss des Deutschen Bundestags am 10. April 2008 für die Aufnahme von irakischen Kriegsflüchtlingen durch die Bundesrepublik Deutschland ausgesprochen. Bundesinnenminister Schäuble kündigte daraufhin an, dies zum Thema der heute beginnenden Innenministerkonferenz zu machen. Auch sein bayerischer Kollege Joachim Herrmann hat angekündigt, sich für die Aufnahme irakischer Flüchtlinge christlichen Glaubens einzusetzen.

Der Bayerische Flüchtlingsrat begrüßt diese Initiative, Flüchtlinge aus dem Irak in Deutschland aufzunehmen und zeigt sich hoch erfreut, dass der bayerische Innenminister Herrmann die harte Linie seines Vorgängers Günther Beckstein verlassen hat, der irakische Flüchtlinge generell als potenzielle Sicherheitsgefährder einstufte.

Doch während nun ChristInnen aus dem Irak eine Einreise erlaubt werden soll, wurde und wird hier lebenden IrakerInnen bereits das Asyl widerrufen, da es keine politische Verfolgung im Irak mehr gebe. 20.000 Menschen ist bereits die Aufenthaltserlaubnis entzogen worden, 14.000 Iraker wurden zur „freiwilligen Ausreise" aufgefordert. Ein großer Teil von ihnen lebt inzwischen wieder in Sammelunterkünften, ernährt sich von Essenspaketen und erhält Arbeitsverbote, eine Aufenthaltsperspektive gibt es nicht: Sie warten auf ihre Abschiebung, wobei nicht absehbar ist, wann diese möglich wird. Zudem werden wie Eliyas und Marwan immer mehr irakische Flüchtlinge in andere EU-Staaten, vor allem Griechenland, abgeschoben, um sich der Verantwortung zu entledigen. Was dort mit den Menschen passiert, interessiert hier niemanden.

Pro Asyl und der Bayerische Flüchtlingsrat haben deshalb einen gemeinsamen Aufruf für ein Aufenthaltsrecht für alle irakischen Flüchtlinge und das Ende der Widerrufsverfahren gestartet, www.fluechtlingsrat-bayern.de/irak.html

Bayerischer Flüchtlingsrat
www.fluechtlingsrat-bayern.de ■

„Griechenland kein sicheres Asylland"

In einem offenen Brief an alle 27 EU-Mitgliedsstaaten und die Europäische Kommission fordert der europäische Flüchtlingsrat ECRE, alle Abschiebungen nach Griechenland einzustellen. Griechenland sei kein sicherer Platz für Schutzsuchende.

Täglich werden Flüchtlinge aus Deutschland, Schweden, den Niederlanden, Dänemark, Belgien, Großbritannien, Italien etc. nach Griechenland zurückgeschoben, nur aus einem Grunde: Europäische Asylzuständigkeitsbestimmungen – die sogenannte Dublin II-Verordnung – legen fest, dass in der Regel der Staat für die Asylprüfung zuständig ist, über den ein Schutzsuchender in die EU eingereist ist. Der geographische Zufall, dass Griechenland auf dem Fluchtweg vieler Flüchtlinge aus dem Irak, Afghanistan und Somalia liegt, weist diesem Land eine überproportionale Verantwortung für die Flüchtlingsaufnahme zu.

Dies ist unfair gegenüber Griechenland, hat aber vor allem verheerende Auswirkungen für die dorthin überstellten Flüchtlinge. Eine Zurückschiebung nach Griechenland bedeutet Obdachlosigkeit, Schutz- und Rechtlosigkeit für Asylsuchende.

PRO ASYL hat bereits am 21. Februar 2008 eine Petition an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages gestellt mit dem Ziel, Rücküberstellungen von Asylsuchenden nach Griechenland im Rahmen der EU-Zuständigkeitsverordnung „Dublin II" aussetzen zu lassen.

Das zuständige Bundesinnenministerium setzt bis heute seine rigide Abschiebungspolitik fort. Für die Aussetzung der Abschiebungen sprechen gravierende Gründe·

Griechenland hat die niedrigste Anerkennungsquote in der gesamten Europäischen Union. Keinem einzigen irakischen Asylsuchenden wurde im Jahr 2007 in der ersten Instanz Schutz gewährt. Deutschland weist im gleichen Zeitraum bei dieser Flüchtlingsgruppe eine Schutzquote von 74,5 Prozent auf (Schutzquote bein-

haltet alle positiven Statusentscheidungen).

Asylsuchende werden nach ihrer Abschiebung aus Deutschland und anderen europäischen Staaten in Griechenland ohne Rechtsgrundlage inhaftiert. PRO ASYL hat mehrere Fälle dokumentiert, in denen nach der Rücküberstellung nach Griechenland eine sofortige Inhaftierung des Asylsuchenden erfolgte.

Werden die Asylsuchenden aus der Haft entlassen, droht ihnen die Obdachlosigkeit. Griechenland hat nicht annähernd genügend Unterbringungsplätze. Das griechische Aufnahmesystem stellt aktuell nur knapp 750 Unterkunftsplätze im ganzen Land bereit, aber über 2000 Haftplätze für Flüchtlinge und Migranten. Das nach seiner Einwohnerzahl sieben mal kleinere Griechenland hat im Jahr 2007 mehr Asylsuchende (25.113) registriert als Deutschland (19.164). Dies zeigt, dass Europa dringend einen völlig anderen Solidaritätsmechanismus braucht.

Presseerklärung PRO ASYL ■

Vor der Innenministerkonferenz: Aufnahmeprogramm für Irakflüchtlinge dringend erforderlich

Die am Donnerstag und Freitag dieser Woche in Bad Saarow tagende Innenministerkonferenz wird sich mit der Lage der irakischen Flüchtlinge beschäftigen. PRO ASYL fordert aus diesem Anlass die Innenminister des Bundes und der Länder auf, ein Programm zur dauerhaften Aufnahme von irakischen Flüchtlingen in einer Größenordnung zu beschließen, die dem Ausmaß der Flüchtlingskatastrophe in der Region gerecht wird. Mehr als 2 Millionen Flüchtlinge leben in den Nachbarstaaten des Iraks, viele von ihnen ohne eine realistische Hoffnung auf Rückkehr. Hunderttausende brauchen schnell eine neue Heimat, denn die Erstaufnahmestaaten, insbesondere Syrien und Jordanien, benötigen Unterstützung.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hermann Gröhe hat mit einem historischen Vergleich daran erinnert, dass die Notwendigkeiten, die sich jetzt stellen, mit der Aufnahme der Indochinaflüchtlinge nach dem Ende des Vietnamkriegs vergleichbar sind. Damals hatte Deutschland 30.000 Flüchtlinge aufgenommen.

Aus den Kirchen wird nun die Aufnahme von 30.000 verfolgten irakischen Christen gefordert. PRO ASYL hält eine Aufnahme von Flüchtlingen in dieser Größenordnung für angemessen und machbar. Deutschland hat in den 80er und 90er Jahren des letzten Jahrhunderts jährlich ein Vielfaches dieser Zahl als Asylsuchende aufgenommen. Die Neuzugänge von Asylsuchenden sind inzwischen auf weniger als 20.000 im Jahr 2007 gesunken. Wenn die im Rahmen eines Aufnahmeprogramms aufgenommenen Flüchtlinge nach dem für Asylsuchende geltenden Schlüssel auf die Bundesländer verteilt würden, dann ergäben sich bei einer Aufnahme von 30.000 Flüchtlingen überschaubare Zahlen. Das Bundesland Hessen hätte demzufolge rund 2.000 Flüchtlinge aufzunehmen. Dies wären pro Stadt bzw. Landkreis im Durchschnitt etwa 100 Flüchtlinge. Auf Niedersachsen würden etwa 2.700, auf Sachsen-Anhalt 900 Flüchtlinge entfallen.

Bei einem Aufnahmeprogramm dürfen sich die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. „Integration beginnt am ersten Tag und setzt einen gesicherten Aufenthaltsstatus voraus“, sagte Günter Burkhardt. PRO ASYL fordert, Flüchtlingen einen Aufenthaltsstatus zu gewähren, der den Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Integrationskursen umfasst. Angesichts der Situation im Irak wäre es falsch, von einem nur vorübergehenden Aufenthalt auszugehen.

Die Aufnahme von verfolgten Christen sowie anderer besonders Schutzbedürftiger aus dem Irak wäre ein wichtiger erster Schritt, dem weitere folgen müssten. PRO ASYL fordert, dass Deutschland und die Europäische Union ein Aufnahmeprogramm entwickeln, das die jährliche Aufnahme von Flüchtlingen vorsieht. Wer für die Menschenrechte eintritt, muss Konzepte entwickeln, die Opfern von Menschenrechtsverletzungen Schutz bieten.

Jetzt darf jedoch keine Zeit verloren gehen, weder durch zögerliches Verhalten der Innenministerkonferenz, noch durch Konsultationen auf EU-Ebene. Die Innenministerkonferenz muss ein positives Signal setzen, an dem sich andere EU-Staaten orientieren können.

Presseerklärung 16.4.2008 Pro Asyl ■



Aufruf an die EU-Parlamentarier: Nein zur Richtlinie der Schande!

Brüssel. Ein Richtlinienentwurf über Inhaftierung und Rückführung illegaler Ausländer wird im Mai 2008 dem Europäischen Parlament unterbreitet.

Seit 1990 hat die von den Regierungen der EU betriebene Politik im Bereich Asyl und Einwanderung eine kontinuierliche Einschränkung fundamentaler Menschenrechte zu Folge. Europa wandelt sich immer mehr in eine abgeschlossene Festung und setzt unverhältnismäßige Mittel ein, um weiteren Zugang zu verhindern und unerwünschte Ausländer abzuschieben.

Der aktuelle Richtlinienentwurf würde, wenn er verabschiedet wird, einen weiteren Rückschritt bedeuten. Geplant ist eine bis zu 18-monatige Haftdauer für Menschen, deren einziges Vergehen es ist, in Europa leben zu wollen. Dies würde eine Verbreitung der Inhaftierungspolitik gegenüber Ausländern bedeuten und könnte einen neuen Standard inhumaner Migrationspolitik setzen.

Durch das Inkrafttreten eines fünfjährigen Wiedereinreiseverbots für alle abgeschobenen Ausländer stigmatisiert dieser Richtlinienentwurf die Illegalisierten zudem und verwandelt sie in Straftäter, die ausgeschlossen bleiben sollen.

Der Richtlinienentwurf, der im Mai dem Parlament unterbreitet wird, ist der erste in diesem Bereich, der Gegenstand eines gemeinsamen Entscheidungsverfahrens mit dem Ministerrat ist. Das Parlament hat also endlich die Möglichkeit, dieser Politik ein Ende zu setzen, die im Gegensatz zu den humanistischen Werten steht, die die Basis des europäischen Projekts bilden, um ihm Sinn geben.

Als europäische Parlamentarier haben Sie heute eine historische Verantwortung: Reagieren Sie, um in Europa nicht erneut ein System der Lager und Abschiebungen, der Segregation zwischen Staatsbürgern und Unerwünschten, entstehen zu lassen! Wir rufen Sie auf, Ihrer Verantwortung gerecht zu werden und diesen Entwurf abzulehnen!

Der Aufruf ist abrufbar unter: http://www.directivedelahonte.org/

buero@fluechtlingsrat-berlin.de ■

Prozess wegen Tod eines Afrikaners durch Brechmittel

Bremen. Am 7.1.2005 starb Laye-Alama Conde, ein Flüchtling aus Sierra Leone, der in Bremen lebte, nach einem zwangsweise durchgeführten Brechmitteleinsatz. Er wurde unter dem unbewiesenen Verdacht des Drogenbesitzes festgenommen, im Polizeirevier Vahr auf eine Liege gefesselt und bekam gewaltsam Brechmittel verabreicht. Wie durch ein zweites Gutachten eindeutig belegt ist, erstickte Conde aufgrund der großen Menge Wasser, die von Igor V., dem Arzt des ärztlichen Beweissicherungsdienstes, unter Zwang mittels einer Sonde in seinen Magen gepumpt wurde und die seine Lungen überflutete. Die Mutter des Afrikaners erhielt jetzt, mehr als drei Jahre nach dem Tod ihres Sohnes, in einem außergerichtlichen Vergleich 10.000 Euro Schmerzensgeld zugesprochen. Die Anwaltskosten mussten die Familienangehörigen jedoch selbst bezahlen. Gegen den Arzt Igor V. wird jetzt endlich von der Staatsanwaltschaft Bremen ein Anklageverfahren eröffnet.

Wir rufen dazu auf, an den Gerichtsverhandlungen teilzunehmen und darüber zu berichten! Wir fordern ein Ende aller Brechmitteleinsätze in Bremen, Hamburg und anderswo, eine Bestrafung aller Täter und eine angemessene Entschädigung aller Opfer dieser Tortur, deren Menschenrechtswidrigkeit im Juni 2006 vom Europäischen Menschenrechtsgerichtshof festgestellt wurde.

Quelle: flucht@nds-fluerat.org ■

Terrorlisten abschaffen – PKK-Verbot aufheben

BERLIN. Das Europäische Gericht in Luxemburg hat am Donnerstag entschieden, dass die Arbeiterpartei Kurdistans PKK und der Volkskongresses Kurdistan Kongra-Gel von der Terrorliste der Europäischen Union gestrichen werden müssen. Die Europäische Union habe die Aufnahme der Organisationen in die Liste nicht ausreichend begründet, entschied das Gericht.

„Die Bundesregierung ist aufgefordert, nach der Streichung der PKK von der EU-Terrorliste auch das PKK-Verbot in Deutschland aufzuheben, um den hier lebenden kurdischstämmigen Bürgern eine demokratische politische Betätigung zu ermöglichen", so die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke. „Erst in den letzten Wochen wurden wieder mehrere Kurden in Deutschland wegen Verstößen gegen das PKK-Verbot verhaftet und Büros sowie Kulturvereine durchsucht.

Dieses Urteil des Europäischen Gerichts ist eine erneute Ohrfeige für die Praxis der „schwarzen Listen" der EU. Bereits mehrfach hat der Europäische Gerichtshof den EU-Rat wegen der Verletzung von Verteidigerrechten einzelner auf der Terrorliste aufgeführten Personen und Organisationen gerügt.

Auch der Sonderermittler des Europarats Dick Marty hatte vergangenen November in einem Bericht harte Kritik an den willkürlichen Terrorlisten geübt und mehr Rechtsschutz für die Betroffenen eingefordert. Eine Nennung auf den so genannten Terrorlisten hat gravierende Folgen für die Betroffenen, deren Konten gesperrt und deren Geschäftsbeziehungen unterbunden werden.

Die undemokratischen Terrorlisten gehören abgeschafft. Denn allein außenpolitische Interessen der EU-Staaten entscheiden darüber, ob eine Gruppierung als terroristische oder Befreiungsbewegung eingestuft wird.

Weiterhin dienen die Listen dazu, Konfliktparteien in Bürgerkriegen oder Befreiungskämpfen einseitig als „terroristisch" an den Pranger zu stellen. Dies erschwert Friedenslösungen etwa im Nahen Osten, auf Sri Lanka oder in Kolumbien."

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin, Fraktion DIE LINKE ■

Frankreich:
Kämpfe der („illegalisierten") Einwanderer, politische und gewerkschaftliche Solidarität

Am vergangenen Dienstag, den 15. April fing im Großraum Paris ein kollektiver Streik von ‚Sans papiers', also nicht mit gültigen Aufenthaltstiteln ausgestatteten Einwanderern, mit Unterstützung des Gewerkschaftsbunds CGT an. Der Arbeitskampf war durch die CGT seit längerem vorbereitet worden. Zunächst waren rund 200 migrantische Arbeitskräfte im Streik, ihre Zahl wuchs jedoch bis zum Sonntag auf knapp 600 an. Betroffen von dem Ausstand sind rund 30 Betriebe: besonders Restaurants und Gaststätten, im Einzelnen aber auch Reinigungsbetriebe und auch vereinzelte Baufirmen.

Mehrere Wirtschaftssektoren, insbesondere das Gaststättengewerbe und der Bausektor, könnten de facto ohne migrantische Arbeitskräfte – auch „illegalisierte" – keine Woche überstehen. Bislang existierte ein unausgesprochener Deal zwischen der Bourgeoisie, die in diesen Sektoren wirtschaftlich tätig ist, und den Betroffenen: „Wir verschaffen Euch Arbeitsplätze und einen relativen Schutz davor, durch die Polizei behelligt zu werden (außer bei zufälligen Personalienkontrollen auf der Straße). Im Gegenzug verhaltet Ihr Euch still und verrichtet schön brav die Arbeit, die – zumindest unter diesen Bedingungen – kaum irgendjemand unter den Einheimischen freiwillig machen würde. Wenn Ihr das einige Jahre lang durchgehalten habt, dann winkt Euch am Ende irgendwann die ersehnte Legalisierung Eures Aufenthalts."

Eine Grundlage dieses Deals war auch, dass unter mehreren aufeinanderfolgenden Regierungen (von der Rechtsregierung 1997 über das „linke" Kabinett 1998 und zu seinen konservativen Nachfolgern, bis hinein ins Jahr 2006) Bestimmungen in Gesetzen und Verordnungen verabschiedet wurden, die es „illegalisierten" migrantischen Arbeitskräften erlaubten, nach einer bestimmten Aufenthaltsdauer mit einer „Legalisierung" zu rechnen. Unter einem Gesetz des rechten Innenministers Jean-Louis Debré von Anfang 1997 war etwa die „Legalisierung" nach 15 Jahren – nachweisbaren und faktischen,jedoch „illegalen" – Aufenthalts ein einklagbar. Unter dem sozialdemokrtatisch-linksnationalistischen Innenminister Jean-Pierre Chevenèment wude dieses Recht „schon" nach 10 Jahren Aufenthalt einklagbar. Bis dahin aber, während dieser notwendigen Dauer des (nachgewiesenen) Aufenthalts, blieben die Einwanderer ohne gesetzlichen Schutz und damit ohne Anrecht auf Arbeitslosengeld oder Sozialleistungen. Alle Beteiligten und Beobachter wussten, dass sie während dieser Zeit auf eine Beschäftigung unter „illegalen" Bedingungen angewiesen blieben.

Doch die Grundlagen dieses faktischen „Kompromisses" wurden in jüngster Zeit nachhaltig erschüttert. So wurde



Café de la Jatte

die Rechtsgarantie einer „Legalisierung" nach nachgewiesenem zehnjährigem Aufenthalt durch das vorletzte novellierte Ausländergesetz (die „Loi Sarkozy-II") im Juli 2006 abgeschafft. Zwar haben die Präfekturen – also die Polizei- und Ausländerbehörden – noch immer die Möglichkeit, einen Einwanderer nach längerem Aufenthalt zu „legalisieren". Doch dies ist nunmehr kein garantiertes Recht mehr, sondern eine Ermessensentscheidung – es kann also je nach Gutdünken gewährt oder verwehrt werden. Zudem wurde im Juli 2007, in einer Ausführungsverordnung zum o.g. Gesetz „Sarkozy-II", nunmehr eine neue Verpflichtung auch für die Arbeitgeber geschaffen: Unter Strafandrohung müssen diese nunmehr die „Legalität" des Aufenthaltsstatus aller neu eingestellten ausländischen Arbeitskräfte prüfen bzw. die entsprechenden Dokumente zwecks Überprüfung an die Präfektur weiterlei-

ten. Bislang war es den Arbeitgebern zwar bereits theoretisch verboten, „illegal“ sich in Frankreich aufhaltende Immigranten einzustellen oder zu beschäftigen. Allerdings stand dieses Recht nicht unter einem Zwang zur Überprüfung unter Kontrolle der Präfektur. Deshalb genügte es in der Praxis für den Arbeitgeber, sich irgendwelche (nachgemachten oder gefälschten, oder auch einer dritten Person gehörenden...), mit mal mehr und mal weniger Fantasie präsentierten Dokumente vorzeigen zu lassen – und ein Auge oder auch beide zuzudrücken. Bislang. Denn nunmehr sollen solchen Ausflüchten alle Wege verbaut werden.

Auch einem Teil der Bourgeoisie kommt dieser neue Kontrolldrang eher ungelegen. Denn der politische Arm der Bourgeoisie – die amtierende Rechtsregierung – scheint dabei in ihrem politischen Delirium im Hinblick auf „die Abwehr der Gefahren illegaler Einwanderung“ einen Übereifer entwickelt zu haben, der auf der anderen Seite manchen wirtschaftlichen Interessen zumindest eines Teils der Bourgeoisie schadet.

Und hier liegt sozusagen der wunde Punkt, an dem sich ansetzen und (zumindest potenziell) starker Druck entwickeln lässt. Denn dadurch, dass in aller Öffentlichkeit auf die Anwesenheit „illegal“ sich in Frankreich aufhaltender Arbeitskräfte aufmerksam gemacht wird – um im selben Atemzug ihre sofortige „Legalisierung“ als seit Jahren hierzulande tätige Lohnabhängige zu fordern – , erzeugt die aktuelle Streikbewegung die Gefahr rechtlicher Sanktionen auch für die Arbeitgeber. Diese sitzen damit nun zusammen mit ihren „illegalen“ ausländischen Beschäftigten zumindest in einer Hinsicht (vorübergehend) in einem Boot: Sie müssen nunmehr ein intensives Interesse daran haben, bei den Politikern und Behörden eine „Legalisierung“ ihrer Arbeitskräfte zu erreichen. Jedenfalls dann, sofern sie auf diese angewiesen sind. Ein Koch oder erst recht ein – halbwegs qualifizierter – Bauarbeiter, der seit Jahren in eine spezialisierte Tätigkeit eingearbeitet ist, lässt sich nicht von heute auf morgen ersetzen, wenn er spezielle Gerichte zubereitet oder an besonderen Maschinen zu arbeiten gewohnt ist.

Die Kehrseite der Medaille: Konnten die Arbeitgeber bislang vom „illegalen“ Status ihrer Beschäftigten profitieren, um diese de facto einer zusätzlichen (Über-)Ausbeutung zu unterwerfen, so wird dies nach einer erreichten „Legalisierung“ fraglich werden. Und genau hier setzt der massive gewerkschaftliche Druck an: Durch das Öffentlichmachen der Orte, wo „illegale“ Einwanderer ausgebeutet werden, und ihr – notfalls längeres – Bestreiken (und damit verbundene Rufschädigung plus Verdienstausfälle) soll den Arbeitgebern auf die Sprünge geholfen werden. Um sie dazu zu veranlassen, ihr Interesse an einer „Legalisierung“ ihrer Untergebenen schleunigst in Taten umzusetzen, also in mit Nachdruck vorgebrachten Anträgen bei den Behörden auf Aufenthaltstitel für ihre „Schützlinge“ unter Berufung auf den massiven wirtschaftlichen Bedarf...

Unter den aktuell bestreikten und besetzten Betrieben sind so prestigereiche Etablissements wie das ‚Café de la Jatte‘, ein Restaurant im Pariser Nobelvorort Neuilly-sur-Seine, wo man im Durchschnitt für circa 80 Euro speist. Auch dort wurden die Speisen größtenteils durch „illegale“ Einwanderer aus dem westafrikanischen Mali zubereitet. Das Restaurant liegt in derselben Straße, wo Nicolas Sarkozy bis vor wenigen Monaten – als er noch Innenminister, und noch nicht Staatspräsident war – wohnte. Und laut den Streikenden aß er oftmals dort, und kannte ihre Situation...

Bernhard Schmid, Paris ■

In der nächsten Ausgabe folgt eine Reportage aus den aktuell bestreikten Betrieben und eine ausführlichere Hintergrundanalyse dazu.

1. Mai ‘08: Kein Platz für Nazis!



NPD und ‚freie Kameradschaften‘ wollen am 1. Mai in Hamburg-Barmbek unter dem Motto „Arbeit und soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen!“ demonstrieren. Dies ist ein weiterer Versuch, sich am 1. Mai als Vertreter der ‚kleinen Leute‘ und ‚arbeitenden Menschen‘ auszugeben. Der 1. Mai gehört jedoch nicht den Faschisten und Faschistinnen, sondern der internationalen ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung. An diesem Tag demonstrieren weltweit Beschäftigte für ihre Forderungen nach einem besseren und gerechteren Leben. Dabei wird nicht unterschieden nach Herkunft, sozialer Lage oder ob Menschen derzeit erwerbslos sind oder in Beschäftigung.

Internationale Solidarität statt ‚Volksgemeinschaft‘

Die NPD tritt für eine Wirtschaftspolitik ein, die die Macht der Unternehmen stärkt und unabhängige Gewerkschaften zerschlägt. Für diejenigen, die nach Ansicht der NPD nicht arbeiten wollen, sehen die Neonazis die zwangsweise Einweisung in den ‚Arbeitsdienst‘ vor. Geht es nach dem Willen der Faschisten, sollen Leistungen aus den sozialen Sicherungssystemen in Zukunft nur noch ‚Deutschen‘ zugute kommen. Die migrantische Bevölkerung wird ausgegrenzt und ihrer, in die Sozialkassen eingezahlten Beträge beraubt. Damit wird deutlich, dass das, was sie ‚Volksgemeinschaft‘ nennen, keinen Platz lässt für Menschen, die nicht in ihr verqueres Weltbild passen.

Dies alles erinnert nicht zufällig an die Politik der Nazi-Diktatur. Nach der Machtübertragung am 30. Januar 1933 wurde die politische Opposition ausgeschaltet. Die freien Gewerkschaften wurden zerschlagen, am 2. Mai 1933 die Gewerkschaftshäuser besetzt. In den folgenden Jahren setzten die Nazis einen beispiellosen Vernichtungskrieg gegen das europäische Judentum und die Sinti und Roma ins Werk. Der von Nazi-Deutschland begonnene Krieg führte zur Verwüstung weiter Teile Europas und zum Tod von mehr als 55 Millionen Menschen. Die Neonazis von heute sehen in den Nazi-Verbrechern von damals ihre Vorbilder.

Sorgen wir dafür, dass für die Nazis kein Platz ist – weder in den Parlamenten noch im Stadtteil oder im Betrieb!

Kundgebung & Demonstration: 10.00 Uhr U/S-Bahn Barmbek

aus dem Aufruf (gekürzt)

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

„Der eine oder andere Brandanschlag…"

Wie bereits im vergangenen Monat, steht auch in der Aprilausgabe von „Nation und Europa" die rassistische Hetze gegen „Ausländer", gemeint sind dabei vor allem Menschen aus der Türkei, im Mittelpunkt. „Landnahme" ist das Thema des Heftes, dessen Titelbild die Giebelseite eines Mehrfamilienhauses zeigt, die von einer riesigen türkischen Fahne zum großen Teil verdeckt wird. Hatte sich im März *Karl Richter* Gewaltphantasien gegen Einwanderer hingegeben, übernimmt diese Rolle jetzt ein Leserbriefschreiber. *Dieter Schütz* aus dem niederbayerischen Landshut formuliert das so: „Obwohl die deutsche Mehrheit die Umwandlung Deutschlands in einen Vielvölkerstaat ablehnt, tun unsere internationalistisch gesonnenen Politiker alles, um dieses Ziel zu erreichen. Ob der Weg dorthin friedlich verlaufen wird, ist zu bezweifeln. Viel wahrscheinlicher ist, daß es zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommt". Man sollte das so lesen, wie es gemeint ist: Als Drohung, nicht als Prophezeiung.

Aber auch Karl Richter widmet sich wieder dem Thema. Unter dem Titel „Kosovo-Zustände in Deutschland verhindern: Eine Frage der Ordnung" geht es letztlich wieder um Gewalt gegen (muslimische) Migranten: „Denn wenn erst einmal die ethnischen Gewichte kippen, zieht alles andere nach. Alle Diskussionen um den Neu- oder Nichtbau islamischer Moscheen, um ihre Nutzungsfläche oder die Höhe der Minarette werden sich erledigt haben, wenn die islamische Bevölkerung die Mehrheit stellt. Das wird nicht von einem Tag zum anderen geschehen, sondern es wird schrittweise passieren: zuerst in den Städten, später in der Fläche. Aber es wird geschehen, wenn sich an den demographischen Großtrends nichts ändert. Die Deutschen vergreisen, werden älter und weniger – während Zugezogene, ein Gutteil von ihnen aus moslemischen Ländern, mehr Nachwuchs haben und demzufolge mehr werden. Und schon lange vorher treten die entsprechenden UN- und EU-Reglements zum Schutz ethnischer Minderheiten in Kraft: mehrsprachige Orts- und Straßenschilder, Mehrsprachigkeit der Verwaltung, das Recht auf Bewahrung der eigenen kulturellen Identität – und so weiter, und so fort. Und: Sollten deutsche Behörden oder Regierungsorgane dann noch auf den Gedanken kommen, die Entwicklung aufzuhalten oder gar umkehren zu wollen, schnappt die UN-Falle zu – wie im Kosovo. Nur daß diesmal kein exotisches Schurkenregime weit weg auf der Anklagebank sitzt, sondern die Bundesregierung: schuldig wegen ‚Menschenrechtsverletzungen', wegen Verletzungen der ethnischen und kulturellen Identität, sagen wir: der türkischen Bevölkerungsgruppe. Der eine oder andere Brandanschlag wird zweifellos dazu beitragen, die Spannungen zu verschärfen, die UNO wird Beobachter und Aufklärer schicken. Und wenn dann noch immer keine Ruhe einkehrt, dann kommen die Tarnkappenbomber, und zu guter Letzt wird Rest-Germany UN-Protektorat, mit separaten Besatzungszonen für die verfeindeten Bevölkerungsgruppen – alles wie gehabt".

Zwar ist nicht völlig sicher, ob hinter dieser Zukunftsvision wirklich ein völlig gesunder Kopf steckt – aber es steht zu befürchten, dass sie ihren Sinn, die Pogromhetze erfüllen wird. Wie ein roter Faden ziehen sich weitere Gewaltdrohungen durch diesen Beitrag: „In Berlin wird beispielsweise gestritten, ob man kriminellen Ausländern, die in Bussen und U-Bahnen randalieren, bewaffnet gegenübertreten dürfe. Während das betroffene Fahrpersonal händeringend darum bittet, besser gegen Übergriffe geschützt zu werden, wiegelt die Leitung der Verkehrsbetrieb ab... Am Ende reduziert sich alles auf die nötige Portion Unverkrampftheit – ob es um prügelnde Jungschläger mit ‚Migrationshintergrund', islamische Moscheebauvereine oder um ein paar Millionen nicht assimilierter Türken geht: Man muß ihnen rechtzeitig zu verstehen geben, wer Herr im Haus ist. Normalerweise verstehen Menschen so etwas". Mit diesem Text, besonders mit der ekelerregenden Wendung vom „einen oder anderen Brandanschlag" zeigt Richter, wes Geistes Kind er ist.

Die Landtagswahlen der letzten Monate boten für die Parteien rechts der Union wenig Anlass zur Freude. N&E „analysiert" die mageren Ergebnisse so: „Vom Regime fast aller Selbstdarstellungsmöglichkeiten beraubt, ist die Situation der deutschen Rechten durch das Aufkommen der ‚Linken' noch schwieriger geworden. Ob DVU, Nationaldemokraten oder Republikaner: Die Ergebnisse rechter Parteien bei den letzten Landtagswahlen in westdeutschen Bundesländern bewegen sich zwischen einem und zwei Prozent, wobei sich diese Werte auch noch auf konkurrierende Gruppierungen aufteilten.... Nach dem unbefriedigenden Abschneiden von Nationaldemokraten und Republikanern in Hessen und Niedersachsen blieb auch das Hamburger DVU-Ergebnis deutlich hinter früheren Werten zurück. Die Diskrepanz zwischen Aufwand und Ertrag ist eindeutig auf die politischen Rahmenbedingungen zurückzuführen: Protestwähler, die früher nach rechts tendierten, lassen sich derzeit von den Kommunisten einfangen". Zwar weiß der einigermaßen aufmerksame Zeitgenosse, dass bei keiner Landtagswahl in letzter Zeit eine kommunistische Partei antrat, aber der antikommunistische Furor der Autoren ist so groß, dass sie die „Linke" so bezeichnen. Sei's drum – wenn ein Ergebnis der derzeitigen politischen Attraktivität der „Linken" darin besteht, den Faschisten Stimmen von Protestwähler(inne)n zu entziehen, haben Antifaschist(inn)en, egal wie sie der neuen Partei ansonsten gesinnt sind, Grund zu danken.

Antikommunismus zum zweiten: *Hilmar Gerber* präsentiert eine neue Theorie zum Thema „Wer verhalf der NSDAP zur Macht?". Unter dem Titel „Der Straßenumbenennungswahn: Wann kommt Luther dran?" präsentiert er die Schuldigen: „Thälmann war fanatischer Antidemokrat und hatte 1923 den Hamburger Aufstand organisiert, bei dem rund 100 Menschen zu Tode kamen, darunter 61 unbeteiligte Zivilisten. Die roten Gewaltorgien ebneten schließlich Hitler den Weg, weil die große Mehrheit der Deutschen nicht in der vom KPD-Chef angestrebten Sowjetrepublik leben wollte". Warum Ernst Thälmann dann 1944 in Buchenwald ermordet wurde, bleibt unter dieser Voraussetzung ein Rätsel: Wenn Gerber recht hätte, hätten die Nazis ihm dankbar sein müssen. In Wahrheit warnten die Kommunist(inn)en schon vor 1933: Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler – wer Hitler wählt, wählt den Krieg. Während der Nazidiktatur gingen sie als Erste in den Widerstand und brachten die größten Blutopfer. *tri* ■